

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstag. Abonnementspreis pro Quartal 80 J. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Inhalt: Wo liegen die Wurzeln der Kraft für den Deutschen Metallarbeiter-Verband? — Gründer u. Schwieder. — Die Industrie und die Banken. — Feuerleben: Die Grenzen der Eisenbahngesetzlichkeit. — Berufsgenossenschaften und Krankenkassen. — Ein Kartell um den Staat zu pressen. — Robert Koch über die Bekämpfung der Tuberkulose. — Heilungen aus der Metallindustrie. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Tätigkeitsbericht des Vertrauensmanns für Baden, Elsaß und die Pfalz. — Stundschau. — Aus anderen Berufen usw. — Literatur und Kunst.

Zur Beachtung.

Inzug ist fernzuhalten:

von Aluminiumschlägern nach Schwabach (Wilhelm Mennert);
von Feilenhauern nach Brandenburg a. Havel (Fabrich), nach Hamburg und Harburg Str.;
von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg (besonders von den Werkstätten von F. Renner, Schmiedeckerstraße 41, Chr. Schmidt, obere Mentergasse 12, Friedl. Reitmann, Tafelhofstraße 34, Jean Schmidbarm, Kühnertsgasse) St. und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Büttner, Hunger, Böhni und Vogl);
von Forstern nach Zschersleben (Maschinenbau-L.-G.), nach Gassen (H. Sipkow); nach Zördrath-Stetten (Ernst Wahler), nach Zollau; nach Pforzheim (Gest. Hepp); nach Rohrschach a. Bodensee (Gießerei Rohrschach, Ing. Schott) Str.;
von Geldgießern und Gürtlern nach Breslau (Albert Knauth);
von Klempnern nach Dresden (Blechwarenfabrik Göhl), nach Düsseldorf (Fritz Werner und Springer);
von Metallarbeitern aller Branchen nach Weizenfels (Nolles Werke);
von Metallschlägern nach Ledhausen, Str.;
von Schleifern nach Lüdenscheid (Wasser & Fischer);
von Schlossbauern nach Velbert (Hardenberg C. Witte);
von Schmieden nach Schnebeck a. E. (Krip u. Beener, Hüfisenfabrik), nach Zeitz (Kinderwagenfabrik von Gaborsky);
von Silberschlägern nach Schwabach (Christoph Meier). (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L: Lohnbewegung; U: Auslagerung; D: Differenzierung; M: Maßregelung; Mi: Misstrände; R: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F: Einführung einer Fabrikordnung.)

Wo liegen die Wurzeln der Kraft für den Deutschen Metallarbeiter-Verband?

Und durch die Lande wön' es mahnend weiter,
Bis in die ferne Werkstatt werd' es fand:
Zu Schutz und Trutz die Metallarbeiter
Vereinen sich in unsrer'm Bruderbund.

Mit diesen Worten feierte Max Kegel in Nr. 21 der „Metallarbeiterzeitung“ d. J. die Kollegen an, im beginnenden zweiten Jahrzehnt der Verbandsgründung weiter zu bauen am großen Werk der Berufssorganisation. Und wer wollte die Mahnung nicht hören?! Jeder Berufsgenosse, ist er denkend geworden, wird für seinen Theil mitarbeiten an der Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der heute schon die an Mitgliederzahl stärkste Gewerkschaft auf dem europäischen Festlande ist. Auch ich, obgleich nicht mehr Verbandskollege, der aber seine gewerkschaftliche Vorschule genoss im Metallarbeiter-Verband, möchte mithelfen, die Idee der Organisation aller Metallarbeiter zu tragen „in die ferne Werkstatt“, wenn auch meine Mithilfe nicht ohne Kritik der bisherigen Agitationsarbeit abgehen kann.

Eine Gewerkschaft der Arbeiter wird gegründet, um ihren Mitgliedern maßgebenden Einfluß neben den Unternehmern auf den Produktionsprozeß zu verschaffen, um somit die gesellschaftliche Lage der Berufsgenossen zu heben. Der Metallarbeiterverband

Nürnberg, 17. August 1901.

Inserate die dreigesparte Petizzeile oder deren Raum 50 J.
Reaktion und Expedition:
Nürnberg, Kuitboldstraße Nr. 9.

hat sich die Aufgabe gestellt, alle Metallarbeiter aufzurütteln zur gemeinsamen Arbeit am Werke der sozialen Gesundung. Dieses Werk wird um so besser gedeihen, je höher der Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung ihrer Erwerbsverhältnisse ist. Der Hebel ist daher dort am wirksamsten anzusezen, wo der Beruf seine Hauptstätten hat, dort, wo die Fäden der Metallindustrie so zu sagen zusammenlaufen. Gewiß ist die Thätigkeit zur Sanierung der Nebenzweige recht nützlich, aber es gilt zum Kern des Lebens vorzudringen, um es zu heilen.

Hat der deutsche Metallarbeiterverband bisher so gearbeitet, daß er im Gewerbe einen maßgebenden Einfluß erlangte, den Nebenständen in der Metallindustrie gefährdet drohend auf den Leib rückte? Diese Frage soll unten beantwortet werden.

Die Eisenindustrie (im weitesten Sinne genommen), die Metallindustrie überhaupt führt auf der Erzeugung der Rohprodukte: Roheisen, Rohfutter, Rohblei, Rohzink usw. Erlassen wir aber hier nur die Roheisenindustrie und die weitere Verarbeitung des Roheisens zu Schienen, Schwellen, Platten, Fachwerken, Maschinenguss, Kunstguß u. s. w. Hier liegen die „sichtlichen“ Theile der Metallindustrie.

1900 betrug die gesamte Roheisenerzeugung im deutschen Zollgebiet nahezu $8\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen. 1890 betrug sie 4,65, 1895: 5,78, 1899: 8,14 Millionen Tonnen. — 1900 wurde das Roheisen verarbeitet zu Gußeisen 1,76, Schweisseisen und Schweistahl 1,01, Flüssigguß und Flüssital 6,36 Millionen Tonnen.

Sehen wir uns nun nach den Produktionsstätten, so entfallen 1900 auf

	Tonnen Roheisen
Rheinland und Westfalen (ohne Saar- und Siegbezirk)	3,270,373 = 38,8 Proz.
Sieg-Lahnbezirk u. Hessen-Nassau	739,895 = 8,8 "
Sachsen, Preußen	847,648 = 10,1 "
Königreich Sachsen	25,598 = 0,3 "
Hannover, Braunschweig	344,012 = 2,1 "
Bayern, Württemberg, Hüttingen	143,777 = 1,7 "
Saargebiet, Lothringen, Luxemburg	3,051,539 = 36,2 "

In Rheinland-Westfalen (Ruhrgebiet, Niederrhein, Saargebiet) werden also weit über 50 Prozentlicher Rohstoffe für die deutsche Eisenindustrie erzeugt. Nehmen wir Schlesien hinzu, so kommen an 70 Prozent heraus.

Ungefähr das gleiche Verhältniß treffen wir an bei der Betrachtung der Arbeiterzahl. Für 1900 liegen leider noch keine umfassenden Ziffern vor, halten wir uns also an 1899. Damals arbeiteten in den deutschen Eisenhütten, Schweißereien, Walzbetrieben, Stahlwerken u. s. w. 250,263 Metallarbeiter. 1890 waren es erst 170,753. Wir dürfen für 1900 sicher ihre Zahl auf 270,000 schätzen! Hierzu kamen noch 37,000 Hochöfenarbeiter, deren Organisationszugehörigkeit fraglich ist. Gehören sie zu dem Bergarbeiter- oder zu dem Metallarbeiterverband? Ich meine zu dem Ersteren. Jedoch werden wir darüber keinen Streit beginnen.

Von den 32,597 bei der Erzeugung von Roheisen tätigen Arbeitern (1899) entfielen 6066 auf den Regierungsbezirk Düsseldorf, 5516 auf den Regierungsbezirk Arnsberg, 4097 auf Trier (Saargebiet), 3872 auf den Regierungsbezirk Oppeln (Oberschlesien). Also nahezu 20,000 von 32,000 entfallen auf die genannten Bezirke. — Von den 10,631 Zinkarbeitern (Rohzink) sind allein 8065 im Regierungsbezirk Oppeln tätig gewesen. — 91,305 Eisenhüttenarbeiter sind gezählt worden; davon in den Regierungsbezirken Oppeln und Liegnitz 8248, Arnsberg 7992, Düsseldorf 7403, Trier und Köln 4268. Also 28,000 Arbeiter finden sich in den Hüttenen von nur 6 geographisch kleinen

Bezirken. — Noch auffallender ist diese Gruppierung der Eisen-Gießereiindustrie bei den Schweiß-, Flüssig- und Stahlwalzwerken. 37,667 Arbeiter fanden den Erwerb in Schweißereien, davon in Oppeln 11,708, Arnsberg 6218, Düsseldorf 6943! Von den 119,978 Arbeitern in den Flüssig-eisenwerken entfielen 10,090 auf Oppeln, 35,355 auf Arnsberg, 43,400 auf Düsseldorf, 10,164 auf Trier! Etwa 99,000 = 83 Prozent aller Flüssig-eisenarbeiter sind beschäftigt in dem ober-schlesischen Industriegebiet, im Ruhrbecken und am Niederrhein und im Saargebiet!

Sehr deutlich veranschaulichen auch die Ausweise der Berufsgenossenschaften die Vertheilung der Metallarbeiter über das deutsche Reich. 1899 waren gegen Unfall rund 1,100,000 Metallarbeiter ver-sichert. In den rheinisch-westfälischen und den schlesischen Berufsgenossenschaften für die Metallindustrie sind etwa 400,000 gezählt! Oben ist nachgewiesen, daß diese 400,000 in erster Linie für den Bestand und die Fortentwicklung der Industrie thätig sind. Wie stehen diese ausschlaggebenden Massen nun zum Deutschen Metallarbeiterverband?

Der Verband hatte 1900 etwas über 100,000 Mitglieder in über 600 Orten. Ich zähle für das selbe Jahr in 46 Orten der Provinzen Schlesien, Westfalen und Rheinland noch keine 8500 Mit-glieder (Durchschitt)? Ein kleiner Rechenfehler thut nichts zur Sache.

Fest steht, daß von 100,000 organisierten Metallarbeitern nicht einmal 10 Prozent auf jene Distrikte kommen, wo die Eisenindustrie ihre vornehmsten Heimstätten hat! Ich zähle auch die Mitgliedschaften von Breslau, Bielefeld, Brackwede, Bunsen, Bromberg, Kreisfeld, Elberfeld, Köln-Kalk, Minden, Münster, Lennhausen, Biersen zu jenen 8500, trotzdem die Produktion in der Eisenindustrie dort nicht ver-deutlich ist. Wollte ich nur die unvergleichlichen Industriebezirke in Oberschlesien, an der Saar und an der Ruhr mit Rücksicht auf ihre organisierten Metallarbeiter heranziehen, so würde das Ergebnis für den Metallarbeiter-Verband ein noch weit be-schämenderes sein. Im Saargebiet kennt man ihn gar nicht (vielleicht einige Einzelmitglieder in Saar-brücken?), und doch sind dort an die 30,000 Berufsgenossen thätig. In Oberschlesien, wo über 50,000 arbeiten, haben sich nur in Beuthen (Arbeitssektretariat) etliche Dutzend Kollegen zusammenge-funden. Und sieht man ab von den paar hundert organisierten Kollegen in Dortmund, Bochum, Eisen, Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim, Hörde, Oberhausen, die den Stahl auch nicht seit machen können, so hat der Verband auch in die Massen der Berufsgenossen im Ruhrbecken (über 100,000!) noch keinen Eingang gefunden.

Diese gänzliche Bedeutungslosigkeit des Verbandes gerade in den reichlichsten Eisenindustrie-bezirken Mitteleuropas ist sozialpolitisch und gewerkschaftlich ein sehr großer Mangel, dem nicht schnell genug abzuholen ist. Zum Vergleich: Wenn der Deutsche Bergarbeiterverband in den mitteldeutschen und süddeutschen Bergrevieren seine Hauptstützen hätte, so käme er für die deutsche Bergwerksindustrie gar nicht in Betracht. Ruhrbecken und Schlesien sind für die Bergarbeiter ausschlaggebend und daher hat ihr Verband seit seinem Bestehen gerade dort zuerst und am umfangendsten agitiert, wie die steigende Mitgliederzahl zeigt, auch mit Erfolg. $\frac{2}{3}$ etwa der organisierten Bergarbeiter entfallen auf Schlesien und Ruhrgebiet. Datum konnte der „alte Bergarbeiterverband“ trotz seiner verhältnismäßigen Schwäche doch tatsächlich einen Einfluß ausüben auf die gesetzliche und administrative Behandlung der deutschen Bergwerksindustrie. Viele sanitäre Ver-

besserungen sind eingeführt, zahlreiche Gruben verkürzen die Arbeitszeit auf 8 Stunden, das Versicherungswesen (Knappfchäftsstellen) ist vielfach reformiert und die Regierung ist zu durchgreifenden Reformen genehmigt, wie ihr Entwurf zur Änderung des Knappfchäftsgeges zeigt. Was die Erhöhung der Betriebssicherheit anlangt, so weiß jeder Sozialpolitiker, daß hier der „alte Verband“ richtunggebend auftrat.

Vergleicht man die sanitären Einrichtungen, die Unfallverhütungsanlagen, das Krankenfasswesen der Eisen- und Stahlwerke mit denen der Gruben, so fällt einem mit Gewalt die große Zurückgebliebenheit der Metallarbeiter in dieser Beziehung auf. Auf den schlesischen und rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerken ist die Zahl der angemeldeten Unfälle höher wie im Grubenbetrieb. Waschanstalten, gute Ventilation der Werkstätten, Fürsorge für die Verletzten im Werke kennt man so gut wie gar nicht. Und erst die Fabrikfranken- und Pensionskassen, da herrschen grandiose Nebelstände! Die Bergleute stehen sich da weit besser wie die Fabrikarbeiter. Aber auch die Löhne verhältnisse sind schlechter; auf den Eisen- und Stahlwerken herrscht noch überall die zwölftündige, ununterbrochene Arbeitzeit; heute sind dort die Löhne schon weit erheblicher reduziert, wie im Bergbau. An geringem Unternehmerprofit liegt das wahrscheinlich nicht.

Hier hat der Metallarbeiter-Verband seine volle Schuldigkeit nicht gethan. Würde er in derselben intensiven Weise hier gearbeitet haben, wie in manchen anderen, gewerkschaftlich minder wichtigeren Districten, dann stünde manches besser. Er hat keinen Einfluß auf den wichtigsten Theil der Metallindustrie gewonnen, das rächt sich jetzt.

Gewiß ist die Bearbeitung gerade der in Rede stehenden Bezirke sehr schwierig, aber unmöglich ist sie nicht, wie das Beispiel des Bergarbeiterverbandes zeigt, der ja nur in jenen schwierigen Landestheilen organisiert. Was dieser kann, muß der viel besser sitzen, über weit mehr Intelligenzen verfügende Metallarbeiterverband erst recht können. Es muß mir herhaft angesetzt werden und man darf nicht gleich auf Etage rechnen, wo der Boden so sumpfig ist. Ich weiß recht wohl, wie ungern selbst herausragende gewerkschaftliche Agitatoren in die „dunklen“ Bezirke an der Saat, an der Macht und an der russischen Grenze gehen. Vielen bedeutenden Gewerkschaftsführern sind diese Bezirke noch immer eine unbekannte Welt; geht es doch berühmten Parteiführern ebenso. Aber das darf nicht so bleiben. Es würde gar nicht schaden, wenn unsere Freunde an der Metallarbeiterzeitung einmal Gelegenheit befäumen, aus eigener Erfahrung die großen Industriebezirke kennen zu lernen, damit sie nicht immer auf ihre Mitarbeiter angewiesen sind.

Aber der Vorstand des Verbandes muß die „dunklen“ Bezirke als jungfräulichen Boden betrachten, der gute Frucht verheißt, wenn bester Samen geworfen wird. Die Quellen des Lohnbrüderthums müssen verstopft werden, bisher hat stets immer wieder eine Flutwelle rücksichtloser Betriebsgenossen die Erfolge der Organisation in er-

oberten Orten vernichtet. So dreht man sich vielfach im Kreise herum, die riesengroße Rückständigkeit drückt den status quo der gesamten Metallarbeiter herunter. Die Organisation muß hier Wandel schaffen.

Wie aber? Ich sagte schon früher: Man werde etwas viel auf für die besprochenen Bezirke. Was soll es helfen, einen Vertrauensmann für ein Stabtier anzustellen, in dem Hunderttausende von Unorganisierten wohnen? In Oberschlesien geschieht überhaupt nichts Directes seitens des Metallarbeiterverbandes. Dort soll der ohnehin überlastete Dr. Winter alles machen. Er kann es nicht.

Wenn für einen Landestheil mit 20—30,000 Betriebsgenossen schon einige Agitatoren angestellt sind, so meine ich, könnte das erst recht für Riesenzwecke der Fall sein. Nicht nur in Düsseldorf oder Bielefeld, sondern auch in Saarbrücken, Dortmund, Bochum, Essen und Duisburg sollten Beamte des Verbandes angestellt sein. Man wird sehen, es lohnt sich! Der Bergarbeiterverband praktiziert dieses System schon seit Jahren mit gutem Erfolg. Außerordentlich schwierige Verhältnisse — und sie liegen vor in den Reg.-Bez. Oppeln, Aachen, Berg, Düsseldorf, Trier — erfordern außerordentliche Anstrengungen. Mit Halsketten ist da nichts zu machen. Wenn die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes dieses nicht anerkennen kann oder darf, so wird der Verband weiter fortwährend dort, wo er seine Hochburgen haben sollte. Das liegt aber sicher nicht im Interesse der Kollegenschaft.

Die Wurzeln der Krise sind zu ersägen, dann erst wird die Organisation zum maßgebenden Faktor. Und was da der Metallarbeiter-Verband noch zu thun hat, habe ich gezeigt. Es sind die Riesenwerkstätten, in die die Freunde von der Solidarität der Arbeiter noch zu bringen ist.

Otto Hüs.

Gründer und Schwindler.

Die schlechteste Krise ist für eine Anzahl industrieller und finanzieller Unternehmungen an verschiedenen Orten Deutschlands zum offenen Krach geworden, wobei Angesichts der vielfachen Zusammenhänge derselben mit einander der Zusammenbruch der einen denjenigen der Anderen zur nothwendigen Folge hatte. So trachten in Dresden die Creditanstalt und die Elektricitätswerke vom Kummer & Cie.; mit der Leipziger Bank brach die Aktiengesellschaft für Treibertrocknung in Kassel zusammen und wurde die Schuckert-Gesellschaft in Nürnberg daratt in Mitleidenschaft gezogen, daß sie die Auszahlung der erst vorgesehenen 10proz. Dividende unterlassen mußte; ferner vertrachte in Folge d's Zusammenbruches der Leipziger Bank die Spinnerei-Maschinenfabrik, Akt.-Geb. vorm. Popp in Werdau (Sachsen). Verschiedene Banken in Sachsen und wahrscheinlich auch industrielle Unternehmungen sind durch den Krach der Leipziger Bank stark erschüttert und die eine und andere Unternehmung dürfte den Schlag kaum verwinden können und über kurz oder lang ebenfalls zusammenbrechen.

So steht zu befürchten, daß wir erst am Anfang einer verheerenden Krachperiode stehen und die Wirtschaft

schaftskrise eine weitere empfindliche Verschärfung erfährt. Die bisherigen Zusammenbrüche erinnern lebhaft an den Krach im Jahre 1873 und nicht minder die Begleiterscheinungen aller Art. Die Entwicklungen über die verträchtlichen Unternehmungen haben die deutlich spürbaren Zustände blosgelegt. Die Treibertrocknungs-Akt.-Ges. in Kassel, die neben dem Trocknen von Brauereitreiber auch noch Apparate für dieses Geschäft zum Betriebe herstellte, sowie die Fabrikation von Essig und noch einiges Andere betrieb, hat in früheren Jahren Dividenden bis zu 30, 35 und 50 Prozent an ihre Aktionäre verteilt, doch gilt sie seit einigen Jahren als faul. Verschiedene der zahlreichen Filialen, welche die Gesellschaft im Auslande, so in Russland, Ungarn, Italien, Wien, Galizien und auch in einer Reihe deutscher Städte besaß, waren zum Theil bankrott, wurden aber schwindelerhafter Weise als „solide Zweiggeschäfte“ dargestellt. An diese scule Gesellschaft hat die Leipziger Bank 85—90 Millionen Mark verschwendet, woran sie denn auch zu Grunde gegangen ist.

Die Direktoren der Kasseler wie der Leipziger Unternehmung, Schmidt und Egner, sijen verdientermaßen bereits hinter Schloß und Riegel und erhalten seinerzeit hoffentlich empfindliche Strafen für ihre Schwundelieben. Dabei hat man auch erfahren, wie es diese Leute treiben. So wird von dem Kasseler Schwindeldirektor Schmidt berichtet, daß er im vorigen Sommer mit einer eigenen Konzertkapelle nach Groß-Sabatz i. Th. gekommen sei und im ersten Hotel Wohnung genommen habe. Er habe nie unter 20 Mark Trinkgeld gegeben und sein täglicher Aufwand sei auf über 1000 Mark geschätzgt worden. Von Groß-Sabatz sei dann der Schwindler mit seiner Kapelle nach dem Inselsberg und weiter gezogen und überall mitfürstlichem Aufwand aufgetreten. Marcus darf man schließen, daß er auch einen fürstlichen Gehalt sowie fette Lantièmeen bezogen hat. Wie aber hat er wohl die Arbeitet behandelt? Niem wird kaum jehlgehen mit der Annahme, daß er die mehr als 5000 in Kassel beschäftigten Arbeiter, darunter zahlreiche Metallarbeiter, schlecht behandeln und schlecht bezahlen ließ, denn solche Leute wie Schmidt, die kein Gewissen und kein sittliches Gefühl haben, denen das Wohlergehen der Arbeiter völlig gleichgültig ist, haben in ihren Stellungen nur das eine Bestreben, auf jede mögliche Weise viel Gewinn zu erzielen, um den Aktionären hohe Dividenden präsentieren und selbst recht fette Lantièmeen ziehen zu können. Seine Kumpane und Spießgesellen in Kassel, Leipzig und anderwärts werden es nicht anders getrieben haben und so weit sie noch in Stellung sind, nicht anders treiben.

Begünstigt werden diese Schwundelieben durch die faulen Zustände in den Aufsichtsräthen, um welche Posten hohe und höchste Hertzäste sich förmlich rütteln. Aristokraten aller Standesrassen drängen sich an solche Posten heran, um arbeits- und mühselos Fahrt für Fahrt Zehntausende und Hunderttausende, die Früchte der Arbeit anderes Leute, einsäcken und verprassen zu können; desgleichen aber auch bürgerliche Elemente, namentlich Advoaten, deren einer — ein Justizrat in Dresden — bis zu 200,000 Mark Jahreseinkommen als Aufsichtsrath mehrerer Unternehmungen bezogen haben soll. Diese Auf-

bohne holt auf den Zerren. Noch bedeuternd sind die Fortschritte, die man in Amerika wenigstens auf kürzeren Straßen gemacht hat. Auf der Philadelphia and Reading-Railroad erreichten die Güterzüge auf einer langen, schwach geneigten Strecke eine Stundengeschwindigkeit von 140 Kilometer; ein im Januar 1899 auf der Chicago and Rock Island-Railway probeweise geförderter Zugzug legte auf der Strecke Union-Arkadia in voller Fahrt den Kilometer in 22 Sekunden zurück, was einer Stundengeschwindigkeit von 164 Kilometer gleichkommt. Das tolle Tempo wurde aber vor einigen Monaten in Florida zwischen Fleming und Jacksonville geleistet, wo ein aus Lokomotive und drei Wagen bestehender Zug eine Strecke von 16 Kilometern in fünf Minuten fuhr, also mit einer Stundengeschwindigkeit von 192 Kilometer dauerhaft.

All dies ist nicht etwa mit Hilfe der elektrischen Kraft, sondern mit der altheimischen Freimaurer, der Dampflokomotive, geleistet worden, während die schneuesten deutschen Fahrten diejenigen waren, die im Sommer 1900 zwischen Berlin und Halle probeweise ausgeführt wurden und bei denen bis zu 110 Kilometer pro Stunde erreicht wurden, eine Geschwindigkeit, die vor wenigen Wochen im linksrheinischen Saarland bei Versuchen mit neuen Lokomotiven noch um einige Kilometer übertroffen war.

Ließe sich also schon mit den gegenwärtigen Hilfsmitteln annähernd eine 120 Kilometer-Geschwindigkeit erzielen, durch die die Reisezeiten um etwa ein Drittel verkürzt werden könnten, so erhofft man noch viel glänzendere Ergebnisse von der Einführung der Elektrizität in den Schwellenbahnen.

Schon vor Jahren veröffentlichte der österreichische Ingenieur von Bipernostis das fortzähltige Projekt einer elektrischen Schwellenbahn zwischen Wien und Budapest, auf

Die Grenzen der Eisenbahngeschwindigkeit.

Von Dr. August Friedrich Petrowitz.

Als es sich einst darum handelte, in einem denischen Mittelstaate die ersten Pläne für Eisenbahnlinien aufzustellen, beschloß das hochmobilste Landeskollegium: es ist das Projekt seines unverzüglich verwirklicht, werden bei der beauftragten unverzüglichigen Geschwindigkeit von fünf Meilen in der Stunde alle Fahrgäste durch den Sufiderthm gelöste werden oder eine Geschwindigkeit bestimmen; drittens müssen wenigstens die Gleise auf beiden Seiten mit einer übermenschlichen Spitzfahrt eingerichtet werden, um andere Menschen, die den vorbeiziehenden Zug ohne diese Schnellfahrt leben können, vor dem Eintritt der gleichen Schnellheit zu schützen.

Die „rasende Geschwindigkeit“ von fünf Meilen, heute das Tempo eines Postzuges, ist für die Schnellzüge verdoppelt worden und einige der selben, so der D-Zug Berlin-Hamburg und der diesen Sommer neu eingerichtete Zugzug Berlin-Luzern, erreichen auf freier und horizontaler gerader Strecke die höchste in Deutschland derzeitigen zulässige Geschwindigkeit von 90 Kilometern pro Stunde. Solche Geschwindigkeiten waren bisher jedoch noch Ausnahmen, und es tritt im Allgemeinen zu, daß sich der Schnellverkehr Deutschlands in einem Tempo von 70 bis 80 Kilometern pro Stunde vollzieht, was unter Berücksichtigung der Ausbaustufen und der An- und Abreisezeiten für weitere Strecken eine praktische Leistungsfähigkeit von 60 bis 65 Kilometern in der Stunde ergibt.

Sufficiens Secundus hat zwar die Geschwindigkeit begnügt:

„Durchdringend fragt seit da gesoren,

Die Poche des Rügens flekt.“

Die Poche des Rügens flekt.

und für reiche Leute mag ja eine Fahrt in den von Pferden gezogenen Bogen mitten Preis vor derjenigen im Eisenbahnenwagen voranschauen. Wer aber während eines kurzen Sommerurlaubs und mit mäßigen Mitteln die Welt ansehen möchte, die jenseits des letzten von seinem Wohnort fahrbaren Dorfstriches liegt, jegent die Erfindung Siebenjonus. Wenach hin sind hundert Meilen Eisenbahnfahrt, trotz alles Fortschrits, bei großer Eile und in überalligen Zügen keine Unmöglichkeit und deshalb sind Befriedigungen über die geleistete Geschwindigkeit und diejenige, die sic unter Benutzung aller Hilfsmittel der Technik erreiden ließ zeitgemäß.

Es ist — allerdings von nicht unerheblicher Seite — immer wieder darauf hingewiesen worden, daß unsere Bahnen häufiger der Schwierigkeit der Besiedelung traut, wie man erwartet zu können glaubte, das höchste leisten, was in Südländern erreicht wird. Diese Vorwürfe entbehren damals fast gänzlich der Begründung, weil die in England und in den Vereinigten Staaten sie und da erzielten Geschwindigkeiten, wie diejenigen des „liegenden Schiffs“, des Erreichunges London-Edinburgh und eisiger Züge von Nework nach Philadelphia und Washington waren vereinzelt bleibende Spur- und Parallelfahrten waren. Heute aber sind die besten deutschen Eisenzüge nicht von denen der geräumten Länder, sondern auch in Frankreich überholt. Der Süd-Express Paris-Bologna läuft auf der Strecke Bordeaux-Dax, die allerdings durch einzig ebenes Land führt, 64 Kilometer in der Stunde und fährt Österreich in Deutschland mit dem Zügezuge Wien-Berlin, obwohl dieser vielleicht durch hügeliges und gebüngiges Gelände führt, und wir Zügen der Nord-

sichtsräthe hätten wichtige Pflichten zu erfüllen, aber sie kümmern sich gewöhnlich um dieselben nicht und betrachten ihre Stellungen nur als angenehme und fette Sicherungen, d. h. als einträgliche und mühselose Aemter. So können dann geriebene Direktoren schalten und walten Jahre lang, wie sie wollen, wenn sie nur günstige Jahresabschlüsse mit fetten Tantiemen und Dividenden erzielen; ob dabei Bilanzenfälschungen vorliegen und Tantiemen wie Dividenden mit erschwindelten Summen bezahlt werden, darum kümmert man sich nicht, bis dann eines schönen Tages die ganze, innerlich längst faule Herrlichkeit zusammenstürzt.

Zwei prächtige Exemplare von Fabrikdirektoren, würdig ihrer Buchthausgenossen Schmidt und Erner, sind auch die beiden Direktoren Hennig und Leichmann der vertrauten Spinnerei-Maschinenfabrik in Werdau, wovon der Erste bereits in der „Ferienkolonie“ mit schwedischen Gardinen sitzt, während der Andere flüchtete. Das national-liberale Leipziger Tageblatt berichtet über die Thätigkeit der beiden Buchthäusler und den Stand der von ihnen ruinierten Gesellschaft Folgendes: „Aus guter Quelle verlautet, daß die Aktionäre von der Direction durch falsche Berichterstattung über den Vermögensstand der Gesellschaft getäuscht worden sind. Noch in einer der letzten Generalversammlungen soll der im letzten Jahre erzielte Reingewinn auf über 50,000 Mf. angegeben und demzufolge eine Dividende von vier Prozent zur Vertheilung vorgeschlagen worden sein, während die Gesellschaft tatsächlich bereits mit Unterbilanz arbeitete. Den beiden Directoren Hennig und Leichmann wird zur Last gelegt, daß sie die Gesellschaft um beträchtliche Summen — man spricht von mehreren hunderttausend Mark — geschädigt haben, indem sie für ihre Privatschulden, die in Folge ihres luxuriösen Lebens sehr bedeutend sein sollen, Wechselabzüge der Gesellschaft gegeben und im Depot der letzteren liegende Aktien verpfändet haben. Die unredlichen Manipulationen der Directoren sind dadurch ans Tageslicht gekommen, daß kürzlich kein Geld zur Auszahlung der etwa 15,000 Mf. betragenden Arbeitersöhne vorhanden war. Dieser verdächtige Umstand veranlaßte den Aussichtsrath, eine gründliche Revision der Bücher der Gesellschaft vorzunehmen, wobei die Sache entdeckt wurde. Die Bücher sind zum Theil falsch geführt, die für Privatschulden ausgegebenen Wechsel gar nicht eingetragen u. s. w. Beide Directoren wurden darauf sofort ihres Amtes enthoben und durch eine andere Persönlichkeit ersetzt. Mittlerweile wurde das Konkursverfahren über das Vermögen der Gesellschaft und das Privatvermögen der beiden Directoren eröffnet.“

Natürlich waren beide Ordnungsstützen herborragende Geldsackpolitiker, Mittelstandstreter und Sozialistentödter, die überall das größte Ansehen genossen und in alle möglichen Ehrenämter gewählt wurden. Jetzt klagen die Betrogenen und Deten einer, der in die Fabrik Spindeln lieferte, verliert 7000 Mf., so daß er ebenfalls ruinirt ist.

Aber auch in anderen Theilen Deutschlands plagen die kapitalistischen Eitergeschwüre. So kommt aus dem Rheinland, aus Oberhausen, die Nachricht, daß der Großindustrielle Terlinden mit

der die 270 Kilometer beitragende Entfernung zwischen diesen beiden Städten in einem Zeitraum von 1—1½ Stunden zurückgelegt, mithin unter Berücksichtigung der An- und Abfahrten und Aufenthalte mit einer Geschwindigkeit von 250—300 Kilometer pro Stunde gefahren werden sollte. Leider trat der Plan nicht einmal in das Stadium ernster Erwägungen, weil es klar war, daß der Verkehr zwischen diesen Großstädten auf Menschenalter hinaus nicht groß genug sein würde, um eine nur düstige Verzinsung des ungeheuren Anlagekapitals zu gewährleisten. Der Gedanke geriet aber nicht mehr in Vergessenheit. Speziell in Deutschland, wo die Strecke Berlin-Hamburg für eine derartige Bahn die besten Bodenverhältnisse und Rentabilitätsaussichten bietet, bildete sich 1900 eine Studiengesellschaft für den Bau von Schnellbahnen; ein höchst ansehnlicher Geldpreis wurde für die beste Lösung der Aufgabe ausgeschrieben, eine Fernbahn mit schnell aufeinanderfolgenden, kurzen Zügen von mindestens 200 Kilometern Stundengeschwindigkeit zu betreiben und die beiden größten Elektrizitätsfirmen Deutschlands, Siemens u. Halske und die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft, gingen an den Bau großer elektrischer Schnellzuglokomotiven, die noch in diesem Sommer ihre Probe auf der Mittelbahn Berlin-Bossew beginnen sollen, wobei anfänglich im 120-Kilometertempo gefahren und später die Geschwindigkeit bis auf 200 Kilometer gesteigert werden soll.

Die Elektriker sind einig, daß ihr technisches Können schon jetzt zur Konstruktion derartiger Lokomotiven ausreicht. An der theoretischen Lösung ist kein Zweifel möglich; denn die elektrische Lokomotive ist der mit Dampf betriebenen nicht nur dadurch überlegen, daß sie nicht die hin- und hergehenden Maschinenteile der letzteren besitzt,

Hinterlassung von 8 Mill. Mark Schulden verschwunden sei. Er war Vorstand der Aktiengesellschaft, Fabrik für Kochherde und Stühle etc., mit Filialen u. a. in Capellen und Utrecht, die insgesamt 3500 Arbeiter beschäftigt und hohe Dividenden gab. Die Verbindlichkeiten Terlindens sollen sich auf 15 große Bankinstitute vertheilen, darunter Robert Warschauer, die Diskontogesellschaft, die Darmstädter Bank etc. Als rheinischer Großindustrieller war der durchgebrannte Terlinden zweifellos eine Ordnungsstütze und ein Schafsmacher ersten Ranges — das war er schon seiner Stellung schuldig!

Sehr merkwürdig sind auch die Vorgänge bei der Schuckert-Gesellschaft, unter deren Aufsichtsräthen sich mehrere „Reichsräthe“, d. h. Mitglieder der ersten bayerischen Kammer befinden, also eine sehr noble und erlauchte Gesellschaft bilden. Durch den Krach der Leipziger Bank in Mitteleisenstadt gezogen, fühlte sich die Direction bemüht, der Generalversammlung den Verzicht auf die fünf Millionen Mark Dividenden gleich 10 Prozent zu beantragen, aber auf die Tantiemen für Direction und Aussichtsrath im Betrage von 920,000 Mf. bestand sie und es gelang ihr auch, allem Unwillen der Aktionäre zum Trotz ihre Anträge durchzusetzen. Die Kritik dieser Vorgänge in der Presse hat die Herren zwar veranlaßt, auf die Auszahlung ihrer Tantiemen insofern zu verzichten, als sie als Guthaben gebucht und im nächsten Jahre ausbezahlt werden sollen, aber darauf Angesichts der kritischen Lage des Riesenunternehmens ganz zu verzichten, dazu konnten sie sich nicht entschließen, trotzdem sie in den letzten Jahren Millionen in ihren Taschen verschwinden ließen.

Wenn die Aktionäre dies thun müssen, so haben wir allerdings mit ihnen, und wenn sie auch nur „kleine Aktionäre“ sind, auch keinerlei Mitleid. Sie haben 1897 14 Prozent, 1898 14 Prozent, 1899 15 Prozent und 1900 15 Prozent Dividenden eingestellt und wenn sie jetzt für das Geschäftsjahr 1900/1901 keine Dividende erhalten, so ergibt sich für die letzten fünf Jahre doch eine Durchschnitts-Dividende von 11,6 Prozent, die man als eine jette bezeichnen kann. Wir haben aber auch noch aus dem weiteren Grunde mit den Herren keinerlei Mitleid, weil in den Nürnberger Schuckertwerken selbst während der verlorenen glänzenden Geschäftssprosperität fortwährend die Löhne reduziert und wiederholt mit den Arbeitern Konflikte provoziert wurden, einzig nur zu dem Zwecke, aus den Arbeitern noch höhere Gewinne und noch selttere Dividenden und Tantiemen herauszupressen.

Einzig der Zweck, den unersättlich Goldhunger zu befriedigen, war es auch, der die zahlreichen leichtsinnigen Gründungen und Unternehmungen erforderte. Banken wie Leitungen industrieller Unternehmungen gründeten in zahltreichen Fällen und in allen möglichen Formen nur, um dabei die Vermittlungsprovisionen, die großen Summen ausmachen, sowie das Agio erhaschen und einstreichen zu können. So wurden aus solchen Beweggründen manche Einzelunternehmungen in Aktiengesellschaften umgewandelt, die Aktienkapitalien bestehender Gesellschaften erhöht, neue Zweigunternehmungen errichtet, nur um gründen und dabei Geschäfte machen zu

die den Lauf der Dampflokomotive zu einem unregelmäßigen und bei großen Geschwindigkeiten recht gefährlich springhaften gestalten; sie gestattet außerdem auch — sei es durch eine Überleitung oder durch eine dritte, Stromführende Schiene — die Zuführung fast unbegrenzter Kraftmengen, während die Umsetzung von Wärme in Arbeit mit Zuhilfenahme des Dampfes eine gewisse Grenze hat, die im Lokomotivbetrieb nicht überschritten werden kann.

Die Hauptvoraussetzung der erhofften Schnellfahrt, die Schaffung leistungsfähiger elektrischer Schnellzuglokomotiven, ist bereits erfüllt. Die heutige Eisenbahntechnik muß aber eine Reihe unschöner Umgestaltungen erfahren, ehe daran zu denken ist, ein reich elektrischer Schnellbahnen über unsere volltreichen Länder zu spannen.

Zunächst werden für diese elektrischen Schnellbahnen gänzlich neue Bahnlörper anzulegen sein, denn der Betrieb dieser Züge auf Gleisen, die auch von langsamem Zug benötigt werden, ist unmöglich wegen der ins Ungeheure wachsenden Geschwindigkeit von Zusammenstößen. Man wird vielleicht auch zu größeren Spurweiten übergehen, weil die jetzt übliche, aus der Jugend des Eisenbahnbauens stammende Spurweite bei großen Geschwindigkeiten in Kurven die Fahrt des Umkippons involviert. Außerdem wird man Wagen und Lokomotiven mit höheren Radkränen versehen, zu höheren und schwereren Schienen übergehen, die letzteren statt der bisherigen Befestigung auf Schwellen einzuklauen müssen, auch wird die Bahn der Zukunft mit Vermeidung enger Kurven und steiler Steigungen zu bauen sein. Weiter wird man Übergänge im Niveau nach Möglichkeit vermeiden und ein ganz neues, automatisch wirkendes System der Zugförderung zu erfinden haben, da die Straßenbahnsignale schon bei 90—100

Kilometer Geschwindigkeit kaum mehr erkennbar sind und bei der beabsichtigten schnellen Zugfolge ein Aufeinanderfahren von Zügen näher gerückt ist. Auch dem steigenden Luftwiderrstand ist Rechnung zu tragen. Dieser hat schon bei der jetzigen Schnellzugsgeschwindigkeit die Stärke eines sturmähnlichen Windes und wird beim 200-Kilometertempo, wo die Lokomotive 66 Meter in einer Sekunde zurücklegt, zur Gewalt des heftigsten Orkan annehmen. Die Lokomotive wird daher von einer zugesetzten Form erhaben und bei der Gestalt der Wagen ist Alles zu vermeiden, was der Luft Gelegenheit bietet, den Gang des Zuges zu hemmen.

So ist denn wohl klar, daß die Kosten dieser Schnellbahnen, die natürlich unbedingt zweigleisig angelegt werden müssen, das Doppelte und Dreifache des bisherigen Anlagekapitals betragen werden. Trotzdem werden sie auf Strecken mit großem Verkehr gebaut werden, weil das Bedürfnis da ist und die jetzt schon überlasteten Hauptlinien dann dem übrigen Verkehr besser entsprechen können. Sie werden die Reisezeit auf die Hälfte bis ein Drittel der bisherigen herabdrücken. Da man aus technischen Gründen nur kurze Züge von zwei oder höchstens drei Wagen wird laufen lassen können, wird man außerdem die große Annehmlichkeit haben, nicht auf wenige Schnellzüge beschränkt zu sein, sondern alle halbe Stunden, längstens aber alle Stunden auf den Hauptverkehrsadern Fahrtgelegenheit zu finden.

Wird sich der neue Schnellverkehr wohl noch sehr lange auf die befahrene Linien beschränken, so bringt es das neue Jahrhundert doch wohl fertig, die reisende Menschheit annähernd mit vergleichbaren Geschwindigkeiten zu befördern, die der Vogel mit der Kraft seiner Schwingen erreicht.

Die Industrie und die Banken.

Von einem Fachmann wird uns aus Sachsen geschildert:

Auf das Hosannah, mit dem die berufsmäßigen Lobredner der kapitalistischen Wirtschaftsordnung den gewaltigen industriellen Aufschwung der letzten Jahre begleiteten, folgen jetzt die Klageleider Jeremiae, angestimmt im höheren Thore von den trauernden Kapitalisten. Die guten Leutchen gleichen heute, wo der Krach mit seinen ersten Donnerstößen einsetzt und der Blitzegeier in weiten Bogen über sovielen Unternehmungen kreist, den betrübten Lobgerbern, denen die Seele fortgeschwommen sind; sie, die mit so liebender Sorgfalt täglich den Kreiszel der Leibblätter zu lesen pflegten und sich schon beim Morgentee an den im Handelsheil servirten Jubelberichten über die andauernde Prosperität der Industrieunternehmungen zu beruhigen pflegten, verstehen einfach nicht, wiejedenn ihrer Hoffnung stolzes Gebäude über Nacht einen so heftigen Stoß bekommen könne; sie können nicht fassen, daß Industriepapiere, die noch im letzten Jahre 10, 15, ja 20 und noch mehr Prozent Dividende brachten und demgemäß theuer von ihnen erworben worden sind, nunmehr plötzlich nothleidend werden und auf lange Zeit hinaus jenseit oder theilweise ertraglos sind.

Das röhrt daher, weil der Durchschnittskapitalist, ausgerüstet mit der ganzen Unbildung seiner Klasse, von dem Besen der Krise nur eine höchst undeutliche und unzureichende Vorstellung zu haben pflegt. Er begnügt sich mit den landläufigen Phrasen von der vorübergehenden „Lebendreduktion“, sofern sich nicht seine Beschäftigung mit diesen Dingen überhaupt auf das Beschimpfen einiger bestürzter Fabrikdirektoren und Bankleiter beschränkt.

Die allmählich sich immer mehr vertiefende, wenn auch noch lange nicht hinreichend ausgebaute, wissenschaftliche Untersuchung über die Krisen erblüht deren Weisen in dem zu einer bestimmten Zeit verhängnisvoll werdenden Mangel an flüssigem Kapital, das nicht mehr ausreicht, die Produktion in dem angehangenen Maße durchzuführen. Es gehört zu den charakteristischen Merkmalen der kapitalistischen Produktion, die Mehrwertthe zu ergattern, nicht aber den Bedarf der Menschen an Sachgütern regelrecht zu decken sucht, daß sie über die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit hinausgetrieben wird, dadurch in trügerische Lügen kommt und ungewollt einer rationellen Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens die Wege ebnet.

Eine solche Überspannung und Übersättigung ihrer Leistungsfähigkeit (von der die Schwierigkeiten der großen Schwerindustriellen Elektrizitätsgesellschaft in Nürnberg ein klares Bild bieten) wäre den Industrieunternehmungen aber nicht möglich gewesen, wenn sie nicht in gefährlich engem Verlehrte mit Krediten gestanden hätten, mit deren Hilfe sie auch über die größten Schwierigkeiten hinwegkommen zu können hofften. Die viel zu enge Verbindung der Industrie mit den Kreditbanken — heute eine ganz allgemeine Erscheinung im deutschen Wirtschaftsleben — hat wesentlich zu dem schnellen Heranbruch der Krise beigetragen. Hätten alle Industrieunternehmungen allein mit dem ihnen durch Aktien- und eventuelle Obligationenausgabe und dem ihnen auf Hypotheken gelehenen Kapital wirtschaften müssen, dann wären sie nie in die Verzüglichung gerathen, die wegahmigsten, erst nach vielen Jahren, unsicherem Gewinn versprechenden Projekte anzuführen: d. Apothekengeschäft und die Verpflichtung, den Aktionären vor die Verwendung des Aktienkapitals jährlich Rechenschaft abzulegen, hätten sie davon zurückgehalten. Aber nun kam der Kredit, ein scheinbar unerschöpfliches Füllhorn des Glücks und des Segens, und damit die Möglichkeit und der immer erneute Anteil, den wildesten Spekulationen nachzujagen.

Man nehme nur, um sich von diesen Verhältnissen ein Bild zu machen, den Zusammensatz des Sammerschen Elektrizitätswerkes in Dresden: wäre jemals ein Direktor, der seine fünf Söhne beirichtet hat, darum verschollen, mit den eigenen relativ beschiedenen Mitteln so kostspielige Untersuchungen wie die elektrische Bahn von Karlsruhe nach Überlingen, oder gar elektrische Analogie in Singapur, dem ehemaligen Dreieck auf unserer betriebenen „Pforte am der See“ anzuführen? Nun und niemals mehr! Aber der Kredit, den die Dresdener Kreditanstalt für Industrie und Handel dem Sammerschen Werke bis zur Betriebsnotigkeit gewährte, erlaubte ihm diese Sämannsrede — so lange es eben ging. Wenn ist es auch mit der berüchtigten Kredit der Leberecht-Stiftungsgesellschaft: ihr Aktienkapital betrug zuletzt 12 Millionen Mark, mit denen sie nicht ihre 41 oder noch mehr Fabrikgründungen hätte durchführen können; das gelang ihr erst, als sie bei der Leipziger Bank den Kreditzins von insgesamt 91 Millionen Mark anzueignen brachte. Und diese Banken und Kreditanstalten: stehen nicht vereinzelt da; eine warnde Stimme läßt sich in diesen Tagen so vernahmen: „Was der Leipziger Bank mit der schiefen Gesellschaft passierte, ist nicht der Art nach,

sondern nur dem Grade nach verschieden von dem, was auch die anderen Banken durch ihre industriellen Engagements bereits wiederholt erlitten haben, und worauf sie bei dem Rückgang der Konjunktur weiterhin ständig gefaßt sein müssen.“ In der Presse hieß es dieser Tage, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank habe der Schudert-Gesellschaft Kredite in der Höhe von 30 Millionen Mark gekündigt. Die Nachricht wurde dementiert. Aber wohlgemerkt: die Nachricht von der Kündigung, nicht etwa die Behauptung, daß die Bank der Gesellschaft so hohe Kredite eingeräumt habe.

Die großen Kredite, die die Banken den Industrieunternehmungen zugeführt haben, kamen eine Zeit lang der Mangel an mobilem Kapital verdeckt, aber ihn nicht beseitigen; und in diesem Mangel steht, wie wir oben schon sagten, zuletzt die Ursache der Krise. Die Banken geben auch nicht aus Eigenem, sondern was sie hingaben, waren sie anderen Leuten schuldig: standt dann die Industrie, die sich allzuzeit vorgezeigt hatte, auf der anderen Seite, und forderten gleichzeitig auf der anderen Seite die ängstlich gewordenen Gläubiger ihre Guthaben zurück, dann war ein jäher Zusammenbruch, wie die in Dresden und Leipzig, unvermeidlich.

Frage man sich aber nun, warum denn eigentlich die Banken mit diesen enormen Krediten der Industrie unter die Arme griffen und ihr die Möglichkeit, ja häufig sogar erzt den Anteil und Ansatz zu waghalsigen Spekulationen gaben, dann lautet darauf die Antwort viel einfacher, als mancher denken mag. Den „königlichen Kaufleuten“ war es nicht darum zu thun, mit Hilfe der Industrie der Menschheit reichliche Zufuhr an alle dem zu leisten, was des Menschen Herz erfreut, sondern sie handelten nach dem sehr prosozialen Grundsätze: „Eine Hand trübt die andere“. Lichen die Banken den Industriellen Geld, damit sie Schwundunternehmungen gründen und Schwunddividende zahlen könnten, so wurden dafür die Herren Bankdirektoren in den Aufsichtsrath der Gründungen berufen und dort mit gehörigen Lantienen gesegnet. Millionen und Uermillionen sind auf diese Weise in die Taschen von Bankdirektoren gewandert, die zum Theil bei zwei bis drei — D u c k e n d Industrieunternehmungen zu gleicher Zeit Aufsichtsräthe waren, aber selbstverständlich nie eine Aufsicht geführt haben. Auf diese Weise ist natürlich auch eine Akkumulation des Kapitals zu Stande gekommen; den Schaden davon haben aber erst letzten Ende die Arbeiter, die schwer unter der immer großer werdenden Arbeitslosigkeit zu leiden haben und noch stärker bedroht werden durch den Zoll-Buchtarif, der die Schrecken der Krise bis zur Unentträglichkeit siegeln wird.

Berufsgenossenschaften und Krankenkassen.

Gegenlich des 15. ordentlichen Berufsgenossenschaftstages zu Breslau am 16. Juni cr. über dessen Verlauf jetzt offizielle Berichte vorliegen, verkette am Abend des Versammlungsabends, als sich die Delegierten im großen Saal des „Südparkrestaurants“ bei einem gemeinsamen Feiermahl vereinten, das nicht mit sehr erheblichen Leiblichen Gewinne, sondern gelegentlich der Tafelreden mündete bedenkliche Worte brachte, für das im Rahmen der gepräglichen Verhandlungen kein Raum gewesen wäre, der Geheimen Kommerzienrat Dr. Websky folgendes: Das die Unfallversicherung betreffende Gesetz sei eigentlich ein ganz merkwürdiges. Es seien hier die Träger der Sicherung, die das Geld dazu hergeben, dieselben Leute, die auch indirekt die Renten bestimmen, indem sie den Befehl erhalten, der diese Renten zu bestimmen habe. Ganz würden alle andern Parteien, die durch die Unfallversicherung den Vorteilen gewöhnt werden sollen, festgestellt von den Vertretern derselben Partei, die die Renten lebt zu tragen hätten. Das zeige eigentlich ein ziemliches Vertrauen zu den Berufsgenossenschaften. Wenn man gegen diese Ansicht den Einwend erheben wolle, daß das Gesetz eben bestimmt, wieviel zu zahlen sei und daß das Reichsversicherungsamt für die Ausführung sorge, so treffe das nicht zu. Zwischen Rente und Rente liege ein gewaltiger Spielraum und man könne sehr wohl denselben Unfall für einen leichteren oder für einen sehr schweren erachten — je nach der Gemüthsart. Das Reichsversicherungsamt kann uns wohl zu einer Minimalrente zwingen, aber die Regierungswerte bewilligen wir.“ (Zustimmung und Heiterkeit) . . . Trotz der großen Arbeitslosigkeit, die das Unfallversicherungsgesetz den Vertretern der Berufsgenossenschaften auferlege, leisteten diese die Arbeit gut, weil ihnen das Gesetz bei den Rentenfestlegungen einen gewissen Spielraum gewähre, das freiem Willen ihre man leicht etwas mehr als das Gesetz verlange, und in dieser Richtung liege überhaupt ein großer Platz, der auch die Lust an der Durchführung des Gesetzes und der Weiterarbeit daran rege erhält. Redner räte daher die Rente an des Reichsversicherungsamt, den Berufsgenossenschaften nicht noch mehr die Hände zu binden, sondern ihnen die Freiheit, die ihnen das Gesetz lasse, auch weiter zu gewähren, damit sie mit Lust und Freude daran arbeiten. (Präsident Cabel: „Schön gern!“)

Diese Aussammlungen illustrieren treffend das Verhältnis der Vertreter der Berufsgenossenschaften zur Rentenversicherung, dem Reichsversicherungsamt, und auch das Verhältnis der Freizeit der Berufsgenossenschaften zur Selbstverwaltung der Rentenfachmänner. Bei den Berufsgenossenschaften der weite Spielraum in der Festlegung der Rente — je nach der Gemüthsart! — Je nach der

Rente oder der augenblicklichen Verfassung des Magers! Und diese Freiheit soll ja weiter gewährt werden, damit nicht Unlust oder Unfriede bei den Vertretern eintritt! — Die Krankenkassen mögen heraussehen, daß sie noch viel zu lernen haben; andererseits, daß das, was als Selbstverwaltung ihnen gewährt wurde, nicht im entferntesten an das heranreicht, was die Vertreter der Berufsgenossenschaften als ihre Freiheit bezeichnen! — Diesen Standpunkt brachte weiter noch der Geheime Oberregierungsrath Dr. Balz, also ein offizieller Vertreter der Regierung, zum Ausdruck, indem er erklärte, daß die weitgehende Freidigkeit, mit der der Verband sich der sozialen Mission der Durchführung des Gesetzes widmet, nicht zuletzt auf dem eminent ethischen Momenten beruhe, daß sie nach diesem Gesetz Herren in ihrem eigenen Hause geblieben seien!

Und da will man von Terrorismus in den Krankenkassen sprechen, wenn hier der Wille der Versicherten zum Ausdruck kommt! Ja, dort in den Berufsgenossenschaften, da ist es ganz was anderes. — Hier sind sie die Herren in eigenen Häusern, während bei den Krankenkassen dieser herrische Standpunkt nicht allein nicht zum Ausdruck kommen will, sondern durch die Bindung der Selbstverwaltung auch nicht kommen kann.

Aber kennzeichnend für den Geist, von dem die Vertreter der Berufsgenossenschaften sich leiten lassen, sind die geschehenen Zusammensetzungen; mögen die Krankenkassen sie beherzigen und sich daran lehren!

Ein Kartell um den Staat zu pressen.

In der „Münch. Post“ verweist „wp.“ auf die Bildung eines deutschen Eisenbahnschienen-Kartells, an dessen Spitze Krupp stehen soll. Es umfaßt 24 der größten Eisenhütten und Stahlwerke Deutschlands und zerfällt in drei Gruppen: Westdeutsche Gruppe (Krupp, Bochumer Verein, Union-Dortmund, Hörder Bergwerks-Verein, Gutehoffnungshütten-Oberhausen, Phoenix in Lahn usw. usf.); Ostdeutsche (Königs Laura-Hütte, Königin Marien-Hütte in Gainsdorf, Oberschles. Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft); Süddeutsche (Stumm'sches Werk, Luxemburger Bergwerk und Saarbrücker Eisenhütte A.-G. in Burbacher Hütte, de Wendel u. Co., Gebr. Nöthling u. A. m.). Welchen gewaltigen Produktionsumfang dieses Kartell besitzt, ersieht man daraus, daß allem die 10 Hauptwerke der Westdeutschen Gruppe über 115,000 Arbeiter beschäftigen. Das gesamte Kartell vereinigt sicher über 200,000 Arbeiter, und das in ihm vereinigte Kapital ist nicht unter einer Milliarde Mark. Der Zweck dieser „Schienen-Kartell“ ist nun, die Preise auf Stahlbahnen zu „regeln“, d. h. hoch zu halten. Und da in Deutschland die Bundesstaaten fast die ausschließlichen Abnehmer von Eisenbahnschienen sind, so geht der saubere Plan einfach dahin, die Staaten zu zwingen, hohe Schienenpreise zu bezahlen. Um dieses Ziel sicherer zu erreichen, hat das Kartell unter der patriotischen Leitung von Krupp mit einer Anzahl von Eisenwerken, die ihr nicht beigegeben sind, nämlich mit dem Gußstahlwerk Bitterfeld, dem Maximilianshütte Rosenberg, dem Gußstahlwerk Dahlen, dem Ilsebecker Hütte, dem Peiner Walzwerk, der Gewerkschaft Deutscher Kaiser in Brückhausen, Abmachungen getroffen, wonach sie — gegen Abfindungssummen — sich zur Nichtbeheiligung an den staatlichen Lieferungen verpflichten. Das ist also in aller Form eine Verschwörung, um den Staat zu rupfen.

Und gleichsam um dieser Unternehmenskoalition in die Hand zu arbeiten, hält die Tarifverträge den hohen Zollzoll von 25 Mt. per Tonne Schienen aufrecht und erhöhen den Zoll auf Gußstahl. Schmiedevoarer Guß wurde bisher mit 30 Mt. per Tonne verzollt, die neuen Zollsätze sind 45 Mt. bis 120 Mt.!

Seit 1879 wurden die deutschen Eisenzölle nicht mehr erhöht. Das brauchte man freilich auch gar nicht, da infolge großer technischer Änderungen im Produktionsprozeß die Eisenpreise stark sanken, folglich der Zollzoll von selbst zu einem steigenden Betriebszoll wurde. Wie unter diesen Umständen die deutschen Eisenzölle gewickelt haben, darüber wollen wir das Beugniß eines Mannes anführen, der jedenfalls nicht im Bereich sozialdemokratischer Agitation steht. Professor E. Ziegler schreibt in dem bekannten Handwörterbuch der Staatswissenschaften (1. Auflage Bd. III Seite 144): „Die Entwicklung dieser Zölle auf die inländischen Eisenpreise ist hauptsächlich erst fühlbar geworden, nachdem es in den Hauptzweigen der Eisenindustrie gelungen war, mehr oder weniger feste Preise vereinigt zu bringen. Was bei der gegebenen Ausdehnung des Betriebs im Inlande nicht zu den erhöhten Preisen abgesetzt werden kann, wird im Auslande zu einem niedrigeren Preise verkauft. Der Schutz des inneren Marktes unterstützt natürlich dieses Verfahren, und er reicht so weit, bis der inländische Preis um den vollen Zollzoll höher steht als der ausländische.“

Die Einfuhrzölle wirken also als Ausfuhrprämie. Wenn aber die Eisenpreise im Inlande hoch gehalten werden, im Auslande niedrig, so bedeutet das eine Beschleunigung der Produktionsbedingungen im Inlande und ihre Aufhebung im Auslande, also nicht Schutz der nationalen Industrie, sondern vielmehr Förderung der ausländischen Konkurrenz.

Zur Zeit der höchsten Eisenpreise hat das Reich bei Krupp und Anderen neue große Bestellungen gemacht, und der Reichstag hat die stark erhöhten Preise bewilligen müssen. Jetzt kann Krupp längst weder Eisenerei noch Stahle, seine zahlreichen Gruben liefert ihm den gesamten Bedarf, er würde also von der Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise in keiner Weise geschaffen, aber er hat eben die günstige Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, wollen, um den Staat zu schwächen. Schon damals ist festgestellt worden, daß Krupp ins Ausland viel billiger verkauft, als an die Reichsregierung. Nun steht sind die Eisen- und Stahlpreise stark gesunken. Die alten Lieferungsverträge werden revidiert, und die Eisenwerke sehen sich veranlaßt, ihren Abnehmern durch Heraufsetzung der Preise entgegenzutreten. Wie aber der Staat? Ja, da ist es ganz anders, da bringt Krupp schamlos eine Koalition zusammen, um mit vereinten Kräften den Staat

erst recht zu schöpfen. Und um dieses patriotische Vorhaben zu fördern, bringt der Staat der Krupp'schen Unternehmenskonsolidation die neuen, erhöhten Eisenzölle auf dem Präsentsteller entgegen.

Robert Koch über die Bekämpfung der Tuberkulose.

In der öffentlichen Sitzung des Tubercolose-Kongresses zu London hielt Geheimrat Prof. Dr. Robert Koch-Berlin einen von der Versammlung mit Lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: "Die Bekämpfung der Tuberkulose im Lichte der Erfahrungen", die bei der erfolgreichen Bekämpfung anderer Infektionskrankheiten gewonnen worden sind. Redner führte aus, nach der Entdeckung des Tubercolbazillus sei an der Möglichkeit der allmählichen vollständigen Beseitigung der Tuberkulose als Vollskrankheit nicht mehr zu zweifeln. Der Weg hierzu müsse durch genaue Erforschung der Art der Übertragung der Krankheit gefunden werden. Der Grundatz, jede der Infektionskrankheiten nach ihren besonderen Eigenthümlichkeiten zu bekämpfen, habe zu bedeutenden Erfolgen geführt. Die Bekämpfung der Pest wurde fortgeschritten, wenn erst der Grundatz, daß nicht die erkrankten Menschen (von den wenigen Fällen von Lungenpest abgesehen), sondern die Stäute die Überträger der Krankheit sind, die amtlichen Maßnahmen beherrschten werde. Die Befreiung der Cholera werde vor Allem durch Besserung der Trinkwasserverhältnisse erreicht. Die Hundtsmuth müsse durch allgemeine Einführung des Maulvorzubanges zum Verschwinden gebracht werden. Besonders lehrreich seien die bei Bekämpfung der Lepra erzielten Erfolge. Diese Krankheit, die nur von Person zu Person übertragen werde, sei in Norwegen durch zwangsmäßige Abschließung schwer Erkrankten in ihrer Ausbreitung beträchtlich gehemmt worden. Was nun die Tuberkulose selbst angehe, sei die Übertragung vom Mensch zu Mensch durch den Auswurf zweifellos die Hauptursache ihrer Verbreitung; Vererbung hingegen kommt mit sehr wenig in Betracht. Die Frage der Möglichkeit der Übertragung der Krankheit durch Milch oder Fleisch tuberkulöser Kinder auf den Menschen berücksichtigt den Redner zu eingehenderer Ver suchen, die er mit Unterstützung des preußischen Landwirtschafts-Ministeriums gemeinsam mit Professor Schütz von der Thierärztlichen Hochschule in Berlin zwei Jahre hindurch ausführte. Es erwies sich die vollkommene Unmöglichkeit, die menschliche Tuberkulose auf die Versuchskinder, denen fortgesetzt in verschiedener Weise menschliche Tubercolbazillen verabreicht wurden, zu übertragen. Dann trat die völlige Verschiedenheit zwischen der Tuberkulose der Menschen und der der Kinder unverkennbar dagegen. Der Vortragende bemerkte, daß die deutsche Regierung Maßnahmen für die Fortführung derartiger Untersuchungen getroffen habe. Die Übertragbarkeit der Tuberkulose der Kinder auf den Menschen hält Professor Koch für höchst unwahrscheinlich, da die Fälle äußerst selten seien, in welchen primäre Tuberkulose der Erbgewinde nachgewiesen werden könne. Maßnahmen gegen diese Art der Übertragung seien entbehrlich. Redner erörtert nunmehr die Mittel zur Bekämpfung der Übertragung von Mensch zu Mensch, durch deren Ausbau die Seuche allmählich zu beseitigen sei. Vor Allem müssen die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung verbessert, ihr allzugutes Zusammensetzen verhindert werden. Alle schwerer Erkrankten müssen, um sie nicht zu einer Quelle der Ausbreitung werden zu lassen, der Krankenhausbehandlung zugeführt werden. Zu diesem Zwecke seien besondere, leicht und bei geringen Opfern zugängliche Krankenhäuser oder Abtheilungen für Schwindsüchtige zu gründen. Dies sei die wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung der Tuberkulose. In keinem Lande habe die Schwindsucht so jetzt abgenommen wie in England, das die größte Zahl solcher Hospitäler bestätigt. Von großer Bedeutung sei auch die Aufklärung der Bevölkerung über Vorsatz und Verbreitung der Krankheit und ihre Verhütung sei jetzt minder von großem Nutzen. Zur Frage der Lungenheilstätten überzeugend, erklärte es Redner für sicher, daß die Tuberkulose in den früheren Städten heilbar ist, warum jedoch vor einer Verhöhung der Bedeutung der Heilstätten. In Deutschland würden jährlich etwa 4000 Personen durch diese Genesung finden, während 226,000 Personen wegen Schwindsucht in Krankenhausbehandlung ständen. Größerer Einfluß auf den Rückgang der Krankheit komme den vorstehenden allgemeinen sanitären Maßnahmen zu. Räumlich befürwortet Redner die Nachahmung der von der Stadt New-York getroffenen Einrichtungen, sink deren die Sterblichkeit an Schwindsucht seit 1886 um mehr als 55 Prozent gesunken sei. Professor Koch schloß mit dem Ausdruck der festen Überzeugung, daß bei Benutzung der im Kampfe mit anderen Seuchen gewonnenen Erfahrungen, wenn unrichtige Wege vermieden und das Uebel an der Wurzel gestoppt werde, der Kampf gegen die Tuberkulose zum siegreichen Ende führe.

Un diesen Vortrag schloß sich eine längere Debatte. Professor Lister sagte, Koch's Ausführungen über die Nichtübertragbarkeit der Krankheit von tuberkulösen Kindern auf den Menschen seien ziemlich überzeugend, doch handle es sich um einen so wichtigen Punkt, daß er eine weitere Untersuchung für nötig halte. Er glaube, daraus, daß die Tuberkulose der Menschen sich nicht auf Kinder übertragen lasse, folge noch nicht, daß die Tuberkulose der Kinder sich nicht auf den Menschen übertragen lasse. Mehrere andere Redner sprachen sich ebenfalls für eine weitere Untersuchung, einige für eine staatliche Untersuchung aus.

Mitteilungen aus der Metallindustrie.

Die Krise in der Metallindustrie macht sich besonders sichtbar in Chemnitz. Auf eine von einem Chemnitzer Blatt veranlaßte Umfrage sind folgende An-

worten eingelassen: Burckhardt u. Birsler: Seit einem Jahre ist die Hälfte der Arbeiterschaft nach und nach von selbst gegangen. — Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik vorne. Joh. Bäumermann: Im Folge mangelnder Beschäftigung sind etliche Hunderttausend Mann beschäftigt worden. — Elektro-Altengesellschaft: Bei einem Arbeiterstande von früher 300 Mann sind jetzt noch 250 Arbeiter vorhanden. Für die freiwillig Gagengenen erfolgten keine Neueinstellungen. — Werkzeugmaschinenfabrik von Eicher: 100 Männer abgelehnt worden. — Maschinenfabrik von Kraus u. Höber: Von Arbeiterstand, 60—70 Mann, ist nur noch der schwach vorhanden. — Sachsen-Maschinenfabrik: Direkt abgelohnt wurde Niemand, wogegen in verschiedenen Branchen die Arbeitszeit verfügt wurde. — Maschinenfabrik von Ulrich, Bischöpferstraße: Seit dem 1. Oktober 1900 sind 90 Arbeiter weniger vorhanden. — Werkzeugmaschinenfabrik Union: Im letzten Jahre haben 100 Männer die Arbeit freiwillig verlassen. — Werkzeugmaschinenfabrik vormalig Petschke u. Glöckner: Von 200 Arbeitern im Vorjahr sind jetzt nur noch 100 Arbeiter vorhanden. — Werkzeugmaschinenfabrik Vulkan: Von der Arbeiterschaft ist ein Theil beschäftigt, ein Theil selbst gearbeitet, wogen ungünstigen Verdiensten. — Werkzeugmaschinenfabrik von Höhler: Von 170 Mann sind jetzt nur noch 14 Männer vorhanden. — Maschinenfabrik Michaelis: Im Laufe des letzten Jahres hat eine große Zahl die Arbeit selbst aufgegeben, ohne daß dafür Neueinstellungen erfolgt sind. Bemerkenswert ist die fast regelmäßige wiederkehrende Bemerkung, „die Arbeiter gingen allein, entlassen wurde Niemand.“ — Auch aus Breslau und Hannover liegen Nachrichten vor, wonach in den dortigen Maschinenfabriken Arbeitszeitverkürzungen und Arbeitserleichterungen an der Tagesordnung sind. Die Arbeitslosigkeit hat auch in diesen beiden Städten in der Metallindustrie große Dimensionen angenommen. — Die Firma Lanz in Mannheim hat in den letzten Wochen ca. 1000 Mann entlassen.

Der Streit der Stahlarbeiter in Amerika wirkt auch auf Europa ein. In der wirtschaftlichen Rundschau in der "Kreuzzeitung" finden wir folgende interessante Bemerkungen:

"Um die Mitte des Juii ist einmal die Kurve unserer Hüttenakten in die Höhe schnellen, was wohl der

Grund für diese inmitten der sommerlichen Stille überraschende Aufwärtsbewegung fürs erste nur Wenigen erkennbar.

Sie fand aber ihre Erklärung in dem jenseits des Ozeans in Amerika ausgebrochenen Stahlarbeiterstreit,

welcher sich zu einem Meisterkampf zu entwickeln drohte und deshalb von der Börse bereits zu Gunsten unserer in Oberschlesien und Rheinland-Westfalen lagernden beträchtlichen Stahlarbeitertrübe eskaliert worden war, eine Beweis mehr, wie eng Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihren treibenden Faktoren mit einander in Verbindung stehen.

"Bei wenigen Streiken tritt übrigens diese Erklärung so deutlich erneut: „Hier, wie bei diesem gewaltigen Wirtschaftskampfe“ — Vom der Yankees, wo dem organisierten Millionenkapital die organisierte Arbeit, wo einer mächtigen, einflussreichen, die Worte beherrschenden Unternehmer-Vereinigung des großen Stahl-Trusts unter Morgan und Rockefeller die kraftvolle, selbstbewußte „Association der Eisen-, Stahl- und Blecharbeiter“ gegenübersteht, jed. der beiden Parteien entschlossen, den Kampf bis aufs Meiste zu führen, bis der Sieger dem anderen Theile die Unterwerfung seines Willens, bis vor allen Dingen die Arbeiter dem auch schon anderen Gewerkschaften gefährlich gewordenen Unternehmertum die Unterwerfung der Kastenvereinheit aufgezwungen haben werden."

Die National-Zeitung schreibt:

"Unter den Ereignissen der letzten Woche stand der große Kampf zwischen dem Stahlkrieg, dieser Riesen-Verteidigung aller Fabriken und Werke von Eisen-, Stahl- und Blechblechfabriken, einerseits und dem Centralverbande junger organisierten Angestellten andererseits vollständig im Vordergrunde der öffentlichen Aufmerksamkeit und der lebhaften Aufmerksamkeit des ganzen Volkes. Bis zur Stunde hat allerdings dieser große und bedrohliche Zustand noch nicht die ungeheure Ausdehnung angenommen, welche der Führer der streikenden Arbeiter, der unermüdliche Mr. Shaffer herausgesagt hatte, aber immerhin ist die ganze Situation schon jetzt eine außerordentlich ernste und kann, wenn sie wirklich von längerer Dauer sein soll, die schwersten und größten Gefahren für die gesamte Industrie der Vereinigten Staaten heraufbeschwören. Wer in diesem Ringkampf zwischen zwei so gewaltigen Mächten, wie es der Williarden-Trust und die „Vulcanized Association“ sind, Sieger bleibt, ist nämlich jetzt noch nicht mit Bestimmtheit vorauszusagen. Es steht aber zu befürchten, daß die ausstürdzigen Arbeiter schließlich doch wieder die Rechte zu bezahlen haben und sich dem allmächtigen Willen des Herrn Morgan und seiner Genossen werden beugen müssen. Die ungeheure vereinigte Macht der Stahl- und Eisenfirma werden eben den Letzteren ein längeres Ausharren auf dem von ihnen eingenommenen und behaupteten Standpunkt ermöglichen, als die Führer der Arbeiterchaft geglaubt haben, und andererseits wird die allmählich eintretende Roth den heute noch vorhandenen festen Willen der Streiket, sich den Befehlen ihrer Union, koste es was es wolle, zu fügen, schließlich doch erschöpft und brachen auf welcher Seite das klare Recht in diesem Riesenkampfe liegt, ist für den Nichteingeweihten nur sehr schwer zu entscheiden, da die vorliegenden Nachrichten über die Fortschritte der Arbeitersunion sich vielfach direkt widersprechen und daher nicht gestatten, sich ein deutliches Bild der Lage zu machen. Die Sympathie des großen Publikums gehört aber unzweifelhaft den Arbeitern, und sollten diese in dem Kampfe mit dem allgewaltigen Trust wirklich unterlegen, so wird dies sicherlich von Unzähligen auf das Lebhafteste bedauert werden."

Es ist merkwürdig, wie die kapitalistische Presse Deutschlands die wirtschaftlichen Kämpfe in Amerika zurechtbeurteilt und wie sie in diesem Falle sich mit ihrer Sympathie auf die Seite der Arbeiter stellt. Solches Urteil vermissen wir in der Regel, wenn deutsche Arbeiter und Unternehmer in Frage kommen. Lieber die deutschen Kämpfe ist diese Presse nicht weniger gut unterrichtet, aber hier ist sie fast neutral und gebietet sich, als wenn jaumlich Re-

darbte Hunderttausende in dem Unternehmen sterben hätten, das von dem Kampf betroffen ist.

Vom Kampfplatz liegen folgende Mitteilungen vor:

Der Vorsitzende des Stahlarbeiterverbandes, Schäffer, richtete an die Eisen- und Stahlarbeiter ein von den Führern der vereinigten Stahlarbeiter genehmigtes Bittular, in dem er den Fabrikanten die Absicht bekannt gibt, den Mitgliedern der Vereinigung, die gegenwärtig in Fabriken der United States Steel Corporation beschäftigt sind, zu befehlen, die Arbeit einzustellen, wenn die Corporation nicht die Friedensverhandlungen eröffne. Alle 275 Angestellte der Steel Company in Newcastle legten gemäß der Anordnung Schäffers die Arbeit nieder. Man nimmt an, daß Mitte August 100,000 Stahlarbeiter feiern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Protokollbestellern diene zur Nachricht, daß die Protokolle der 5. Generalversammlung nunmehr in der Reihe folge wie die Vestellungen eingegangen sind, zum Verhandlungsgespräch der Stärke des Protokolls die Herstellung kostet durch den dafür zu erlegenden Preis von 10 Pf. bei weitem nicht gedeckt werden, so fällt das Porto den Gesprächspartnern zur Last.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend aufgeführten Verwaltungsstellen die Erhebung einer Extrasteuer gestattet und dies den in Vertracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerk, daß die Nichtbezahlung der Extrasteuer Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann:

Der Verwaltungsstelle München, Sektion der Feilenhauer, außer den seitherigen Extrasteuern noch eine solche von 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Der Verwaltungsstelle in Essen a. Ruhr die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 5 Pf. pro Mitglied vom 1. September 1901 an.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

der Schlosser Paul Drechsler, geboren zu Berlin am 14. Januar 1864, wegen unkollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau:

der Schlosser Paul Feiertag, geboren zu Mittelhausen am 22. April 1875, B.-Nr. 433062;

der Mechaniker Carl Jordan, geb. zu Breslau am 12. April 1875, B.-Nr. 433063;

der Goldgiesser Paul Schmolke, geb. zu Meleschitz am 2. Juli 1882, B.-Nr. 405966, wegen Streiks.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beginnt Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die Anträge auf Ausschluß begründeter Vorwürfe mit dem Bemerk, daß sie sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt: dem Otto Schmidt, B.-Nr. 115574, nach dem von der Verwaltung Bochum gestellten Antrage Veruntreuung von Verbands geldern;

dem bisherigen Unterkassier in Remscheid, Majchinius Joh. Reinert, geb. zu Kassel am 1. Juni 1866, B.-Nr. 171440, nach dem von der Verwaltung Remscheid gestellten Antrage Veruntreuung von Verbands geldern.

Das Mitgliedsbuch Nr. 363321 ist dem rechtlosigen Eigentümer, Schlosser Hugo Pfänder aus Löbau gestohlen worden und zur Verhütung von Missbrauch aufzuhalten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nedervstraße 160/I zu richten, und ist auf dem Postabzettel genau zu merken, wofür das Geld verwendet wird. Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenz.

Metallarbeiter.

Vielefach ist die der Firma Kramer & Prevers. Wie das Koalitionsrecht der Arbeiter geachtet wird, wird gleich im § 1 Absatz 2 dargebracht, derselbe lautet: „Jeder Geselle oder Arbeitssmann bekommt freit durch seinen Eintritt, nicht dem Metallarbeiter-Verband anzugehören, bezw. in anderen Fällen innerhalb 8 Tagen aus demselben auszutreten. Zu widerhandelnde haben sofortige Entlassung zu gewärtigen und als Strafe einen Tagelohn an die Unterstützungsasse zu bezahlen.“ Der Firma genügt also nicht die bloße Entlassung des Arbeitshäters, der es mag, von seinen geistlichen Rechten Gebrauch zu machen, er soll auch noch finanziell bestraft werden. Die ganze Bestimmung gehört aber unter diejenige Kategorie, die das Ehrgesühl und die guten Sitten verlegen, darf daher laut § 184 b der Gewerbeordnung nicht in die Arbeitsordnung aufgenommen werden, und ist nach § 633 des Bürgerl. Gesetzbuches ungültig. Am liebsten kennzeichnet diese Bestimmung so recht die Denktreise des Unternehmers. Nach § 3 treten bei etwaigen Verhandlungen folgende Strafen ein: 10 Pf. für 5—10 Minuten, 20 Pf. für 20 Minuten, 30 Pf. für 30 Minuten und mehr. Wiederholte Verhandlungen haben Entlassung zur Folge. Wer ohne Entschuldigung einen halben Tag fehlt wird mit 50 Pf. bei

einem ganzen Tag mit 1 Ml. bezw. mit einer Brüfe bis zur Hälfte eines Taglohnes bestraft. Die ganze Arbeitsordnung ist voll von Pflichten, die die Arbeiter erfüllen sollen, von den Pflichten der Unternehmer den Arbeitern gegenüber ist aber kein Wort darin enthalten. Mittlich, die Firma hat alle Ursache, die Arbeiter-Organisation zu fürchten, denn organisierte Arbeiter würden sich ein solches Monstrum von Arbeitsordnung mit ihrem Straf- und Haftschuldestimmungen nicht aufzuteilen lassen, eventuell bei erster bester Gelegenheit die Befestigung derselben verlangen. Die Arbeiter im Allgemeinen können aber hieraus wieder einmal jehn, wie ihnen das gesetzlich gewährleistete Recht der Koalition durch das Unternehmertum illusorisch gemacht wird, wenn sie nicht von diesem Recht den ausgiebigsten Gebrauch machen und sich ihren Organisationen anschließen. Trotzdem halten die meisten Kollegen dieses Betriebes es nicht für nötig, dem Verband beizutreten. Kollegen organisieren Euch und strect mit uns, damit wir diese Arbeitsordnung in die Kumpelstube schweifen, wo sie eigentlich hingehört.

Bonn. In der Bonner Maschinenfabrik Monkmüller & Co. waren wegen Lohnreduktion Differenzen ausgebrochen, die zur Maßregelung von vier Kollegen führten. Durch den Beschluss der Vierer, falls die vier Männer nicht wieder eingestellt würden, die Arbeit niederzulegen, nahm die Fabrikleitung die Kündigung zurück. Sollten die übrigen Kollegen aus diesem Vorgang nichts gelernt haben?

Hamburg. Allgemeine Mitgliederversammlung am 24. Juni bei Tütje. Major Schulz gab die Abrechnung vom 2. Quartal. Für die Hauptkasse betrug die Einnahme 34,429,04 Ml., die Ausgabe 20,29,79; für Postalkasse: Einnahme 8032,46 Ml., Ausgabe 6936,52 Ml. Die Schuharbeiter, die 8195,60 Ml. betrugen, sind an uns bezahlt worden. Zur Abstellung eines Bureaubeamten erklärte Junge, daß die beiden auf dem Bureau beschäftigten Beamten dermaßen mit Arbeit belastet sind, daß es ihnen nicht möglich ist, die Arbeiten bewältigen zu können. Aufgrund der technischen Grundlage, die er der Versammlung vorlegte, sind wir gut im Stande, einen dritten Beamten anstellen zu können. Nachdem einige Redner für und gegen gestanden, beschloß die Versammlung, den Kollegen Schwer anzustellen.

Wiederscheid. Weil sie sich eine beachtliche Lohnreduktion in Höhe von 25—35 Prozent nicht gefallen lassen wollten, wurden von der Firma Basse & Hücker 12 Metallarbeiter entlassen. Die Firma stand angeblich sofort Etat, so daß sich die Einigungsverhandlungen verzögerten. Da sich Arbeiterwillige noch nicht fanden, ist der Sieg uns, wenn der Abzug fern gehalten wird.

Thätigkeitsbericht des Vertrauensmannes für Baden, Elsaß und die Pfalz.

Infolge der Krise, die überall Lohnreduktionen und Entlassungen zur Folge hatte, wurde meine Thätigkeit sehr oft in Anspruch genommen. In Karlsruhe fanden 3 Versammlungen statt, die sich mit der Lage der Karlsruher Arbeiter beschäftigten. In der Maschinenfabrik vorm. Nagel & C. wurden Abzüge von 10—15 Prozent vorgenommen. Da nur wenige Kollegen dem Verband angehörten, konnten dazu eine abwehrende Stellung nicht eingenommen werden. Ein Theil der Kollegen ist aber jetzt dem Verband beigetreten — Schr. v. hat der Vorstand bei Bettinger & Hause in Frankenthal, wo ebenfalls Lohnkürzungen erfolgen sollten, meine Unwissenheit dort nötig gemacht. Alle Verhandlungen wurden jedoch von der Firma abgelehnt und waren die Kollegen nach zwölmonatlicher Dauer des Ausstandes gezwungen, ihn zu beenden, es konnte nur das Zurückziehen der schwächeren Fäisten erreicht werden. Von den Ausständigen ist bis jetzt noch keiner bei der Firma eingestellt worden, der größte Theil hat anderweitig Arbeit erhalten. Zu dem Erfolg hat die dortige Polizeibehörde sehr viel beigetragen.

In der Durlacher Nähmaschinenfabrik von Gräfner, A.-G., wurden ebenfalls Abzüge von 5 bis 20 Prozent gemacht; ebenso wurde den Arbeitern bei Strafe von 3 Mark, resp. sofortiger Entlassung verboten, am 1. Mai zu feiern. Nachmittags erlaubten sich 3 bis 400 Männer die Arbeit ruhig zu lassen; diese wurden mit dem durchschnittlichen Tagelohn bestraft; später wurde die Strafe auf die Hälfte herabgesetzt. Die Folge davon war, daß unsere Mitgliederzahl von 165 auf 375 gestiegen ist. Die Firma ist, trotzdem sie auch in diesem Jahre 13 Prozent Dividende verteilen konnte, doch mit dem schon gemachten Abzug nicht zufrieden; den Schaltern ist ein weiterer Abzug in Aussicht gestellt werden.

In Heidelberg wurden in der Schnellpreßwarenfabrik ebenfalls Abzüge von 10—20 Prozent gemacht; auch da waren die Arbeiter gezwungen, sich diesen Abzug gefallen zu lassen, da mit einem Theil der Kollegen organisiert war. — Ebenso drohten in Bruchsal Differenzen auszubrechen, diese wurden, als die gewohnte Normalität vorliegend wurde, beendet. Auch dort hat aus diesem Anlaß die Organisation über 100 Mitglieder zugewonnen.

Verhandlungen wurden abgehalten in Wülfrathen i. L. (3 öffentliche und 7 Privatversammlungen). Die dortigen Kollegen waren der Ansicht, daß jetzt die geeignete Zeit sei, um den Verband in die Höhe zu bringen. Deutliche Verhandlungen können dort nur stattfinden, wenn ein in der Stadt Wülfrathen das Referat übernimmt, an der Dienststelle kann sich ein Ausstatter nur beschließen, wenn eine Genehmigung vorhanden ist. Trotz der großen angemessenen Höhe war der Erfolg ein miserabler; es wird noch sehr viel Arbeit kosten bis die dortigen Kollegen ihrer Zahl entsprechend im Verband vertreten sind. — Eine Versammlung fand in Solingen statt, es war nicht möglich, da etwas zu Ende zu bringen und haben sich die dortigen Gruppenmitglieder der Zentralstelle Wülfrathen angeschlossen. — Ein weiterer Landesversammlung fand in Königswinter, Aachen, Siegen, Siegburg, Neuss und Remscheid statt.

Der briefliche Bericht war ein sehr reicher, nur wäre es wünschenswert, wenn formelle Verhandlungsstellen des Bezirks sich mit dem Vertrauensmann in Verbindung setzen würden, damit zu jeder Zeit eine Überprüfung vorhanden ist.

Mit kollegalem Gruß

Der Vertrauensmann: B. Neumann,

Abrechnung

für den Agitationsbereich Baden, Elsaß und Pfalz
pro 1. und 2. Quartal 1901.

Einnahme. Kapitalbestand bei letzter Abrechnung Ml. 87,29. Von Straßburg für 5 Quartale 10. Mandantenheim für 4 Qu. 5. Lambrecht 3. und 4. Qu. 12. Offenburg, 3. und 4. Qu. 2,25. Kaiserslautern 4. und 1. Qu. 2,34. Karlsruhe, Blechner 4. und 1. Qu. 5. Für 1. Qu.: Mainzheim 25. Frankenthal 13. Ludwigshafen 8,50. Karlsruhe, Schlosser 1,40. Für 1. und 2. Qu.: Heidelberg 9. Karlsruhe, 8. Karlsruhe-Mühlburg 3,57. Durlach 11,10. Freiburg 6. Bruchsal 6,90. Rastatt 1,14. Triberg 2,10. Aufschluß von der Hauptkasse 600. Summa 819,59.

Ausgabe: Agitationsblätter für 63 Tage Ml. 538,50. Fahrgeld 132,20. Drucksachen, Schreibmaterial, Porto 10,97. Summa 681,67.

Kassenbestand Ml. 137,92.

Revidirt und für richtig befunden

Die Revisoren: Friedr. Flohr. Friedr. Weber.

An die Verwaltungsstellen des 3. Bezirks (Brandenburg, Pommern und Mecklenburg).

Vom 1. September cr. ab sind alle Zuschriften, die Agitation und die sonstigen Bezirksangelegenheiten betreffen, an die Adresse

H. Rohrlack, Stettin,

Schringer Straße 78 III

zu richten.

Mit Kolleg. Gruß!

Der Bezirksleiter.

H. Rohrlack.

*

Berichtigung. In der Abrechnung des Vertrauensmannes für Brandenburg, Pommern und Mecklenburg vom 2. Quartal 1901, veröffentlicht in Nr. 31 der Met.-Ztg., muß es unter Ausgaben für Porto und Schreibmaterial pro Monat Juni statt 28,05, heißen 20,85. Ein einfaches Additum lehrt die Richtigkeit.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. G. 29, Hamburg).

München. Mitte Juli fand die Generalversammlung der Filiale München statt. Nachdem die Neuwahl der Ortsvertretung vollzogen war, wurden die Maßnahmen des Hauptvorstandes sowie dessen Statuteninterpretation einer eingehenden Kritik unterzogen. Nicht nur daß neu eingetretene Mitglieder unter dem Spionagegesetz schützen zu seien hätten, auch langjährige Mitglieder hätten schamlose Erfahrungen gemacht. Dieses Vorgehen sei durchaus nicht mit dem Prinzip der Kasse im Einklang zu bringen, es verstoße sogar gegen die Statuten. Damit würde das Ansehen der Kasse schwer geschädigt. Um dies bei weiteren Missgriffen derartiger Auslegungsfähigkeit der Regierung willkommenes Material geliefert werden, um bei der Kundenkassenobelle auch die Hilfskasse zu verbessern. Das Kunstdreieck bei anderen Kästen scheint durchaus nicht ganz zuverlässiges Material zu Tage und sei mit einem Haufen Scheiterholz verbunden. Daselbe kommt der Spioniercci gleich und sei deshalb unserer Kasse unvördig. Am Allgemeinen fanden die von den Dresdener Mitgliedern vorgebrachten Klendungen Zustimmung. Auf Grund der vorgebrachten Leidensfälle erfolgte die Wahl einer dreigliedrigen Räumung, an die alle Fälle von Abwesenheiten, Abschließungen, Unterhaltungsentziehungen mit eingereicht werden sollen, damit dieselbe die Angaben näher untersuchen und befreidlich kommen. Ebenso soll dieselbe darauf hinweisen, daß die behufs Erwidigung ausgewählten Kästen vor den andern Kästen unbeantwortet bleiben. Die Kommission besteht aus den Mitgliedern Höninger, Zweibrückenreiß 20/I, Seiler und Niederberger. Zuschriften und Beschwerden sind bei erster anzubringen. Das gesammelte Material soll als Grundlage zu Statutenänderungsanträgen zur nächsten Generalversammlung dienen.

Geschnisches.

Über die Verwendung einiger seltsamer Metalle. Vor kurzem waren zahlreiche seltene Metalle noch sehr wenig benötigt, weil sie wegen ihrer schwierigen und kostspieligen Herstellungsweg in keinem Industriezweige verwendbar waren. Nun sind jedoch die überaus wertvollen Eigenschaften dieser Metalle entdeckt worden, so daß vielen unter ihnen bewußt ist, trotz ihres hohen Preises, eine bedeutende Rolle auf den verschiedenen Industriegebieten, besonders aber in der Glasfabrikation und Metallurgie, zu kommt. Es verwendet nun auch der „Statur“ das Thorium und das Cerium zur Herstellung von Geschützrohren, trotz des hohen Preises dieser Metalle (3200 Mark für das Kilogramm). Das Vanadium (400 Mark für das Kilogramm) dient zum Färben des Glases und zur Herstellung besonderer Zäuden durch Verbündung mit Uran. Das Uran (720 Mark für das Kilogramm) findet ebenfalls in der Glasfabrikation und in der Porzellanindustrie Verwendung. Ein Bruch von Uran vereilt dem Stahl eine besondere Härte. Das Titium (6400 Mark für das Kilogramm) ist als das härteste Metall bekannt; es werden daraus besonders harte Spulen hergestellt. Es findet sich oft mit Gold vereinigt vor, doch ist es bei der Prüfung des Goldes hinderlich und muß ausgetrennt werden. Das Platin (4000 Mark für das Kilogramm) besitzt die außerordentliche Eigenschaft, daß es sich gegen Temperaturänderungen fast gar nicht empfindlich zeigt, weshalb es auch zu besonders feinen Messinstrumenten Verwendung findet. Das Zirconium (6000 Mark für das Kilogramm) wird nur in der Medizin angewendet; seine Salze sind gegen rheumatische Schmerzen im Gebrauch. Das weniger wertvolle Selenium (176 Mark für das Kilogramm) besitzt die höchst wertvolle Eigenschaft, im Dunkeln die Elektrizität ausgetrieben zu leiten, während dies bei Licht nicht der Fall ist.

Rundschau.

Eine Bezirkskonferenz der im Metallarbeiterverband organisierten Metallarbeiter für Brandenburg, Pommern und Mecklenburg tagte am Sonntag, den 21. Juli, im Gewerbeschiffshaus in Stettin, zu welcher 43 Delegierte erschienen waren. Außerdem waren anwesend der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Schlick, ferner der bisherige Vertrauensmann Rohrlack und als Gast der 2. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Berlin, Kollege Cohen.

Die Verhandlungen wurden mit zwei Biedern, die der Gesangsverein „Proletariat“ vortrug, eingeleitet. Zunächst erstattete der Vertrauensmann Rohrlack Bericht über die Thätigkeit im Bezirk. Er konstatierte ein erfreuliches Wachsthum der Organisation. Die darauf folgende Diskussion zeigte nemenswerthe Motivas gegen die Arbeitsfähigkeit des Kollegen Rohrlack nicht. Bei der Wahl des zukünftigen Bezirksleiters wurde der Kollege Rohrlack mit allen gegen eine Stimme als solcher gewählt. Als zukünftiger Vorort des Bezirks 3, welche Bezeichnung hinfür den bisherigen Agitationsbereich Brandenburg, Pommern und Mecklenburg führen wird, wurde Stettin bestimmt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Bezirksleiter Rohrlack seinen Wohnsitz in Stettin zu nehmen hat. Über die weitere Thätigkeit des Bezirksleiters referierte der Kollege Rohrlack eingehend und werden die von ihm gegebenen Anregungen ohne besonderen Widerspruch gutgeheissen. Unter dem letzten Punkt der Tagesordnung, Anträge der Delegierten, werden nachstehende Beschlüsse gefasst: „Die Konferenz für den 3. Bezirk beschließt, den Vorstand zu verpflichten, Anträge auf Ausschluß von Mitgliedern einer Verwaltungsstelle gegenüber den Mitgliedern anderer Verwaltungsstellen an den Bezirksleiter zur Untersuchung zu überweisen.“ — „Die Bezirkskonferenz beschließt, daß der Bezirksleiter sowie die Ortsverwaltungen bei Lohnabstiegen danach zu trachten haben, daß die erzielten Erfolge auf eine bestimmte Zeit tatsächlich festgelegt werden.“

Bezüglich der Kassenrevisionen wird ferner noch beschlossen, die Bezirkskonferenz beauftragt die Delegierten, in den Verwaltungsstellen dahin zu wirken, daß die Revisoren die monatliche Kassenrevision pünktlich vornehmen und über den Befund dieser Revisionen ebenfalls pünktlich an den Bezirksleiter Bericht erstatzen. Damit sind die Arbeiten der Bezirkskonferenz erledigt und der Vorsitzende schließt dieselbe, nachdem die Delegierten noch ein Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgebracht haben. Möge diese Konferenz ein weiterer Schritt zur Zusammenfassung und kräftigen Organisation der Metallarbeiter in Brandenburg, Pommern und Mecklenburg sein.

Auch eine Ehrentettung. Die Handelskammer Wüllingen sucht sich von dem Vorwurf, daß sie eine Hebe gegen das Fabrikinspektorat inzenziert habe, reingewaschen. Das betr. Bittular lautet:

Wie Ihnen jedenfalls bekannt sein wird, brachten in den letzten Tagen eine Anzahl Zeitungen den Inhalt eines vertraulichen Kundschreibens unserer Handelskammer, obwohl dieses Kundschreiben von uns bis heute überhaupt noch nicht verhandelt war. Es liegt mithin nur die Möglichkeit einer in der betreffenden Druckerei begangenen Fälschung vor. Obwohl die Kommentare, die verschiedene Zeitungen zu diesem Kundschreiben geben, für uns theilweise abfällig lauten, scheinen wir uns nicht, daß betreffende Kundschreiben nachträglich gleichwohl zur Verwendung zu bringen, und Sie freundlich um baldige Fällige Beantwortung zu bitten.

Auf die kritischen Anerkennungen der Presse haben wir folgendes zu erklären:

Nachdem von Seiten einiger Fabrikanten Beschwerden der in dem Kundschreiben näher bezeichneten Art bei uns eingegangen waren, erachteten wir es für unsere Pflicht, die Berechtigung, bzw. Richtberechtigung dieser Beschwerden zu prüfen, und das Material wollten wir durch die betreffenden Ziviläre sammeln. Wir ersuchten um vertrauliche Behandlung der Sache lediglich im Interesse der Fabrikinspektion, um ihr gegebenenfalls unberechtigte Vorwürfe zu ersparen. Wenn einzelne Zeitungen behaupten, die Schwarzwalder Handelskammer stelle sich an die Spitze einer Agitation gegen die Arbeiterschaft, so weisen wir diese Ansicht energisch zurück. Wer die Bestrebungen der Schwarzwalder Handelskammer seit ihrem Bestehen verfolgt hat, der wird gerade hier — davon sind wir überzeugt — die Vorwürfe nicht machen.“

Wenn die Handelskammer das vertrauliche Schreiben im Interesse der Fabrikinspektion erläsen haben will, so darf sie uns schon erlauben, dies sehr und gewiß nicht mit Unrecht, zu bezweifeln. Wäre dies ihr ernstlicher Willen, so hätte sie in ihrem Jahresbericht nicht in einer Weise über das Kundschreiben berichten sollen, die jeden wahrheitsliebenden Menschen empören würde. Wenn die Handelskammer erst jetzt eine Umfrage halten will, so hätte sie sich eines jeden Unfalls gegen die Inspektion erhalten sollen, bis sie genaues, wahrheitsgetreues Material gehabt hätte. Dies hätte sie sich jedoch nicht nur von den Unternehmern liefern lassen sollen, sondern auch zu diesem Zwecke die Gewerkschaften befragen müssen. In dem Jahresbericht der Handelskammer wird folgendermaßen über die Fabrikinspektion geschrieben: „Seit neuerer Zeit pflegen Gewerbeaufsichtsbeamte Versammlungen abzuhalten, wozu sie die Arbeiterschaft einladen mit dem Hinweis darauf, deren berechtigte Klagen und Wünsche entgegenzunehmen zu wollen. Aus den Kreisen unserer Industriestadt heraus wird diese Thätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten schriftlich bestätigt mit der Bedingung, daß die Wirkungen dieser Versammlungen nach jeder Richtung hin sich ändern können. Die Arbeiter würden dadurch nur noch getreterzt und unbotmäßig gegen ihre Arbeitgeber und dazu verleitet, völlig unberechtigte Forderungen zu stellen. Die Aufgabe der Gewerbeinspektion sei jedoch, versöhnend zu wirken, während durch solche Versammlungen gerade das Gegenteil hergerufen würde.“ Also wenn die Arbeiter in Versammlungen über Schutzvorrichtungen usw. aufgeklärt werden und infolgedessen in den Betrieben Schutzvorrichtungen, Wascheinrichtungen und dergleichen verlangen, dann ist dies Unbotmäßigkeit und Gereiztheit und abends werden angeblich völlig unberechtigte Vor-

terungen gestellt. Da nun die Handelskammer in dem Befürworter selbst zugibt, daß sie erst das Material sammelt, so müssen wir das im Jahresberichte angeführte als eine rechte Verdächtigung bezeichnen. Die Handelskammer steht in enger Verbindung mit den Unternehmern, daß sie wissen sollte, ob diese die gesetzlichen Bestimmungen einhalten.

Für den Verbandstag deutscher Gewerbegegner, der am 10. und 11. September in Lübeck stattfindet, wird die Tagesordnung zunächst in Nr. 11 des "Gewerbegegner" veröffentlicht. Für die Vorbereitung der Berathungen ist diesmal die Neuerung gedruckter "Berichterstattung" eingeführt worden, die in einer umfangreichen "Verbandstagszeitung" gesammelt sind. Den Hauptteil bildet eine, sämtliche 316 deutsche Gewerbegegner umfassende Statistik, über deren Hauptergebnisse Bürgermeister Cuno-Hagen i. W. berichten wird. Neben das Berfahren in Einigungssachen bei Strafs und Aussperrungen wird von einer international ausgesetzten Berichterstattung die erste Reihe veröffentlicht, in welcher folgende Länder durch einheitliche Fachmänner vertreten sind: England, Neu-Seeland, Frankreich, Belgien, Italien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Ungarn. Berichterstattung in der Versammlung sind für Deutschland Gewerbegegner Dr. Grotz-Bremen, für das Ausland Privatdozent Stadtrath Dr. Hafner-Charlottenburg. Eine vergleichende Studie über die Statuten der deutschen Gewerbegegner hat Beigeordneter Wolff-Offenbach a. M. veröffentlicht, der gleichzeitig auch Berichterstattung über den Gegenstand ist. Ferner weist die Tagesordnung auf: Gewerbegegner-Reformen und zwar a) die hauptfächlichsten Neuerungen der Gewerbegegner-Bewegung vom 30. Juni 1901 (Stadtrath Dr. Hengster-Würzburg), b) Kaufmännische Gewerbegegner (Stadtrath Bacher-Augsburg und Beigeordneter Dr. Kästner-Worms); c) Die Arbeitsordnung. (Sollen Arbeitsordnungen für alle Gewerbe obligatorisch gemacht werden? Wann wird die Arbeitsordnung rechtsverbindlich: durch den Aushang, oder durch die Einhändigung, oder nur durch beides gemeinsam? — Gewerbebeauftragter Dr. Egmatis-Solingen und Gewerbegegner Dr. Premer-München); d) Die Erfahrungen bei Anwendung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Einzelne Punkte: a) Empfiehlt es sich, § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches durch Vertrag auszuschließen oder zu beschränken? (Gewerbegegner Mette-Plauen i. W.), b) Entschädigungsanspruch des Arbeitnehmers, wenn er durch vertragsmäßiges Verhalten zu vorzeitiger Kündigung veranlaßt wird (§ 628 Abs. 2), (Mag.-Ass. Walget-Charlottenburg), c) Lohnverhöhung und Lohnneinbezahlung (B. G.-B. §§ 273, 394, dazu G.-D. §§ 119a, 184) (Gewerbegegner Günther-Ludwigshafen a. Rh. und Bürgermeister Berlitz-Bärenburg a. H.), d) Kündigung oder Entlassung zurückgenommen werden? (B. G.-B. § 114.)

Die öffentlich-rechtliche Stellung der englischen Trades-Unions. Wie der Vorwärts berichtet, hat das Haus der Lords dieser Lage einen Entschluß gefaßt, der die englischen Gewerbevereine in eine sehr ungünstige Position bringt. Im letzten Jahre fand ein Streit der Laffey Eisenbahngesellschaften statt. Dabei sollen sich einzelne Mitglieder des Eisenbahnsverbands als Streikposten Ausschreitungen haben zu Schulden kommen lassen. Die Eisenbahngesellschaft verklagte die Leiter der Gewerkschaft und die Gewerkschaft selbst und verlangte von ihr die Rückziehung der Streikposten. Die Gewerkschaft machte vorgegen gestand, daß sie nicht verantwortlich sei für Vergehen einzelner ihrer Mitglieder, daß sie überhaupt nicht eine Körperschaft sei, die fliegen und verklagt werden könne. Das Gericht wies jedoch diese Einwände zurück und verurteilte die Eisenbahngewerkschaft. Der Verband appellirte hierauf an den Appellations-Gerichtshof, der zu Gunsten der Gewerkschaft entschied. Darauf brachte die Eisenbahngesellschaft die Sache vor das Haus der Lords; dieses entschied zu Ungunsten des Gewerbevereins. Die auf Grund des Trades-Unions-Gesetzes von 1870 eingetragene Gewerkschaft sei eine gesetzlich anerkannte Körperschaft, die vor Gericht klagen und verklagt werden könne. Es würde eine Anomalie sein, so heißt es in der Begründung des Urteils, wenn Körperschaften, wie die Gewerkschaften, denen die Erwähnung erweist ist, eigenes Recht zu erwerben, Angeklagte zu beschäftigen, Strafen zu verhängen, andererseits nicht durch das Gesetz verfolgt werden. "Daily News" nennen diesen Entschluß den wichtigsten der ganzen Saison. In der That bedeutet dieses Urteil: daß die Gewerkschaften für jeden Fehler, für jede Ausschreitung eines oder mehrerer ihrer Mitglieder verantwortlich gemacht und vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Da das Haus der Lords überzeugt Appellationsgericht für alle Alegaten aus Schottland, Wales und Irland ist, so ist das obige Urteil rechtsträchtig. Sicher werden die englischen Gewerkschaften daraus Veranlassung nehmen, eine Rendition dieses für sie völlig unerholteten Zustandes herbeizuführen, denn eine Gewerkschaft kann wohl die gemeinsam herbeigeführten und rechtmaßig zu Stande gebrachten Beschlüsse, nicht aber die Handlungen jedes einzelnen Mitgliedes, zu denen dieses nicht ausdrücklich bevollmächtigt war, vertreten und dafür haftbar gemacht werden. Im Allgemeinen zeigt dieses Urteil jedoch, welche Schattenseiten die Eintragung der Gewerkschaften als juristische Person mit sich bringt. Wenn dies selbst in England der Fall ist, wie viel mehr haben da die deutschen Gewerkschaften derartige Zugeständnisse zu fürchten.

Eine immense Arbeitskraft ist der Generaldirektor Eugen Landau in Berlin. Laut Börsenjahrbuch von Solingen 1900 vereinigt er folgende Amtier in seiner Person:

Vorsitzender des Aufsichtsraths:

1) der Nationalbank für Deutschland (Tantieme und Gratifikationen pro 1900 für Aufsichtsrath und Beamte 923,000 M.);

2) der Reichs-Zuckerfabrik (Tantieme für Aufsichtsrath und Beamte 154,743 M.);

3) der Borsig'sche Brauerei (Tantieme 63,461 M.);

4) der Noddeh. Kreditanstalt (Tantieme für Aufsichtsrath und Beamte 27,641 M.);

5) Borsig'sche Bank (Tantieme für Aufsichtsrath und Beamte 98,763 M.).

6) Allgemeine Deutsche Kleinbahn-Gesellschaft (Tantieme 71,671 M.);

7) Aktiengesellschaft für Montanindustrie (Tantieme 6 Proz. des Betriebsgewinns);

8) Motorwerke (Tantieme 10,184 M.);

9) Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Aktien (Tantieme 129,888 M.).

10) Spinnerei - Aktien (Klammer) (Tantieme 26,091 M.); außerdem ist genannter Herr Mitglied des Aufsichtsrats einer Reihe anderer Gesellschaften, so z. B. der "Kommerz- und Disconto-Bank" u. A. Es wäre nicht ohne Interesse, zum Vergleich mit dem Entbehungslohn des Herrn Landau heranzuziehen, was die Arbeiter der genannten Unternehmungen für Löhne beziehen.

Das Gesetz über die Altersversicherung in Frankreich kam nicht zu Stande, weil, nachdem der Artikel 1 angenommen wurde, wonach bis zum Wiederzulässtrettritt der Kammer der Handelsminister unter den Verursachern der Arbeiter und Unternehmern eine Umfrage anstellen sollte, damit die Kammer das Urtheil der unmittelbaren Beteiligten kennen lerne. Auf Millerands reum Tage später ergangene Abfrage antwortete der Verein der Louvoyer Galoischenmacher sofort in zustimmendem Sinne. Seitdem aber ist von ähnlichen Antworten nichts bekannt geworden. Es scheint vielmehr so, als ob trotz der ermunternden Ausschreibungen der sozialistischen Presse die Regierungsvorlage, wenn sie auch Mängel enthielte, als eine annehmbare Grundlage für die Regelung der Alters- und Invalidenversorgung gützuheissen, in Arbeiterkreisen die Genteigtheit, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form anzunehmen, nicht eben groß ist. So hat in diesen Tagen der Ausschuss des "Allgemeinen Arbeiterbundes", der eine ganze Reihe von Arbeitervereinen umfaßt, in der Arbeitsbörse Sitzungen abgehalten, als deren Ergebnis die "Erklärung" zu betrachten ist, die er in der "Voix du Peuple" veröffentlicht. Diese Erklärung spricht sich entschieden gegen den Entwurf über die Einrichtung einer Arbeiterversorgungslasse aus. Es wird darin berechnet, daß eine private Versicherungsgesellschaft bei einem 30 Jahre hindurch gezahlten jährlichen Beitrag von 25 Fr. eine Rente von 223 Fr. gibt, während nach der Regierungsvorlage der Staat unter gleichen Voraussetzungen nur 185 Fr. Rente gewährt. Danach treibt der Allgemeine Arbeitsbund unter Betonung der unzureichenden Arbeitslöhne jede Vorlage zurück, die Beiträge der Arbeiter vorschlägt, sowie jede, die außer den in Frankreich weilen den Freunden nicht angewandt wird — die Regierungsvorlage begreift ebenfalls die ausländischen Arbeiter nicht mit in die Vortheile der Versicherung ein, sondern verlangt von den Unternehmern eine Steuer von 25 Centimes auf den Kopf und Arbeitstag des Ausländers. Er erwartet die Einbringung einer in diesem Sinne abgeänderten Vorlage, über die abermals die einzelnen Berufsvereine zu beraten wären. Wie man sieht, liegt die Gefahr nahe, daß die Ergebnisse der Umfrage nicht zur Zufriedenheit Millerauds ausfallen. Demn von den Arbeitgebern läßt sich von vornherein keine Begründung für den Gesetzentwurf erwarten.

Die Vorlage hat ihre großen Schwächen. Sie ist nicht als Sparfasse, denn als Sozialgefäß angelegt. Der Glückliche, welcher 65 Jahre alt wird, hat größere Vortheile zu erwarten, als in Deutschland bewilligt werden, aber diese Vortheile werden erlangt auf Kosten der Invaliden. Die Beitragsslast sollten die Arbeiter nicht ablehnen, für die Beiträge aber Theilnahme an der Verwaltung verlangen, von der sie durch die Vorlage so gut wie gänzlich ausgeschlossen werden.

Gleichzeitig betwiesen die Arbeiter, daß sie nicht von dem bürgerlichen Gewerbeverein angemeldet sind, welcher die Schöpfer der Vorlage waren, den Freunden schon in Artikel 1 der Vorlage unterzubringen. Hoffentlich werden die Arbeiter die Regierung dahin drängen, daß sie ein Gesetz mache, wie es in einem modernen Staat sein muß.

Kampf gegen die Arbeiterselbsttätigkeit. Der Stadtrath zu Gera hat den dortigen Arbeiterselbsttätigkeit Fasert dieses Schriftstück zugehen lassen:

"Wie polizeilich festgestellt worden ist, fertigen Sie als gegen Entgelt angestellter Sekretär bzw. Angestellter des Geraer Gewerkschaftskartells für die Mitglieder desselben und endere Personen schriftliche Arbeiten, wie Entgelte an Behörden etc., und geben außerdem Auskünfte und Ratschläge in Lohnunterschieden, gewerblichem Streit und vergleichlichen Sachen, ohne die zur Bejorgung fremder Rechtsangelegenheiten etc. erforderliche Kenntnis nach § 35 der Gewerbeordnung zu besitzen.

Im Rücksicht auf Ihre Vorbestrafungen unterlegen wir Ihnen hiermit den Gewerbebetrieb nach § 35 der Gewerbeordnung.

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen in Gemäßheit § 20 der Gewerbeordnung innerhalb 14 Tage, von Zustellung dieses Schreibens ab gerechnet, Petrus an das fürstliche Ministerium, Abtheilung für das Innere hier, zu."

Das Geraer Arbeiterselbsttätigkeit sollte es, falls es mit seiner Beschwerde gegen diese Verfügung keinen Erfolg hat, ruhig auf die Klage ankommen lassen, um nach dem Brösauer Oberlandesgericht noch ein zweites Oberlandesgericht entscheiden zu lassen.

Das künstliche Bein. In Kleinholthausen im Sauerland starb kürzlich ein Krüppel, dem von der Berufsgenossenschaft ein künstliches Bein geliefert worden war. Der Mann starb und das künstliche Bein mußte mit ins Grab. Jedermann denkt nun die Berufsgenossenschaft, im Falle braucht der Krüppel kein künstliches Bein und forderte die Frau des Betroffenen auf, das Gestell zurückzugeben. Die betreffende Briefchrift lautet:

Knappischäfts-Berufsgenossenschaft.

Geschäftsnummer 28,126 II. Sektion 2, Bochum.

In Wittorf R. R.

zu Kleinholthausen 29 b. Brüninghausen.

Wir ersuchen Sie, das Ihnen verstorbene Ehemann leichtweise geliehene künstliche Bein an die Verwaltung des Krankenhauses Bergmannsheil zu senden. Der Vorstand der Sektion 2 der Knappischäfts-Berufsgenossenschaft (folgt Unterschrift.)

Ein "geliehenes Bein" ist mal etwas ganz Neues in der burokratischen Lüftelkunst; da die Berufsgenossenschaft aber das Bein nicht der Frau geliehen hat, kann sie es nach denselben Buchstabengesetzmäßigkeiten auch bei dieser nicht zurückfordern.

Die zeitweise Heranziehung einer weiblichen Hilfskraft zur Fabrikinspektion in Gotha hat der Landtag dieses Thüringerstaates in der letzten Session beschlossen. In dem laufenden Statut wurde der Betrag für die Kosten der neuen Einrichtung eingestellt. Der Fabrikinspektion untersteht in Gotha 3400 Arbeitnehmer. Weit größer ist wohl die Zahl der Frauen und Mädchen, die in der Haushaltung des Ländchens thätig sind und jeglichen gesetzlichen Schutz erlangen.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Die Ausspezzierung der Tabakarbeiter in Nordhausen dauert fort. Wir empfehlen allen Konsumanten von Kautabak, ihren Bedarf von folgenden Firmen zu beziehen, die den Arbeitern das Koalitionrecht gewähren und ihre Arbeiter hämmerlich eingestellt haben: Grimm & Triepel, Hennig & Schumann, Walter & Sevin, Ahrensstädt & Bachrodt, Steinert & Hellmund. Alle anders lautenden Firmen — es sind deren noch acht — sind als boykottiert zu betrachten, es ist darum notwendig, nur Kautabak mit einem der oben angeführten Namen versehen Päckchen zu verlangen. Päckchen ohne Name oder solche, worauf nur steht „Nordhäuser Kautabak“, sind zu rütteln zu eiseen. Arbeitsbrüder und Gewerksassen! Unterstützt als Konsumanten den schweren Kampf um Erhaltung der Organisation der Tabakarbeiter. Alle auf den Boykott oder die Ausspezzierung bezügliche Mitteilungen sind zu senden an: F. Schmidt, Nordhausen, Schreiberstraße 10.

Der Vorstand des Porzellancarbeiterverbandes theilt mit, daß das in der Anfangszeit seines Verbandsvermögens gegen die Erben des früheren Verbandskäfflers J. Bey gefüllte Urteil, das diese zur Einwilligung in die Herausgabe des festgelegten Vermögens zwingt, Rechtskraft erhalten hat und daß das Geld im Betrage von 116,200 M. in Wertpapieren und 349 M. in Baar als Zinsen von der Reichsbank abgehoben und bei derselben Bank auf die Namen der drei Mitglieder des Vorstandes Herden, Wollmann und Boesenecker von Neuen unter Bedingungen, die eine Wiederholung solcher unliebsamen Vorommunisten ausschließen, niedergelegt wurde. Die Einzelheiten der nunmehr erledigten "Affäre", die leicht für den Verband verhängnisvoll werden könnte, sollen der Öffentlichkeit übergeben werden, sobald die Abschriften des Urteils des Landgerichts und anderer zur Sache gehörigen Dokumente in den Besitz des Vorstandes gelangt sind.

Streiks in christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereinen. In einer Besprechung der Streifstatistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wissen die Mitteilungen des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften (Nr. 9) festzustellen, daß "nach einer recht mangelfaßhaften Statistik" die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1900: 153 Lohnbewegungen, bei welchen es in 47 Fällen zum Ausstand kam, aufzuweisen hatten. Auch hätten die Hirsch-Dunder'schen 85 Streiks zu verzeichnen gehabt. Dazu bemerkte das "Correspondenzblatt": Wir wollen in die erste Zahl der Ausstände christlicher Gewerkschaften keinen Zweifel legen, obwohl es sich bei diesen mit wenigen Ausnahmen nicht um selbstständig geführte Kämpfe, sondern höchstens um die Theilnahme und Unterstützung einiger christlicher Personengruppen bei anderen Streiks handelt. Wo aber die 85 Streiks der Hirsch-Dunder'schen bekommen, deren Gewerbevereine den Streik ebenso wie sozialdemokratische Gewerkschaften schaffen, das mag der Himmel oder Herr Giesberts wissen. Obgleich wir seit Jahren die Publikationen dieser Gewerbevereine sehr aufmerksam verfolgen, ist uns doch nie eine Mitteilung von einem Hirsch-Dunder'schen Streik zu Gesicht gekommen. Oder bezeichnen diese Leute es schon als einen Streik, wenn ein Gewerbevereinsmitglied sich einmal an der Lohnbewegung eines freien Verbandes beteiligt? Dieser Fall ist allerdings in den letzten Jahren, wenn auch immer noch vereinzelt, so doch häufiger als früher eingetreten. Es bestätigt erfreulicher Weise, daß ein Theil der Gewerbevereinsmitglieder von Jahr zu Jahr vermüntigt wird, während bei ihren Generalräthen und Zentralräthen just das Gegentheil der Fall zu sein scheint, sonst würden es diese Gewerbevereinsleiter verschmähen, sich in ein Löwenfell zu hüllen, das die äußersten Abzeichen ihrer friedlichen Gesellschaft nur unvollkommen deckt. Nach dieser statistischen Methode können sogar evangelische Arbeitervereine und patriotische Kriegervereine eine respektable Zahl von Streiks aufweisen.

Die internationale Stahlarbeiter-Konferenz, welche im September in Solingen stattfinden sollte, wird voraussichtlich auf nächstes Frühjahr vertagt werden müssen. Wie die "Bergische Arbeiterstimme" mittheilt, zögern die Engländer mit der Beschildigung einer allgemeinen Konferenz und schlagen vorläufig eine spezielle Zusammenkunft des Messerschmiddegeverbes vor. Da außerdem nur aus Österreich und Deutschland einige Meldungen vorliegen, so dürfte der Werth dieser Aussprache nicht die gewünschten Hoffnungen erfüllen. Zur Begründung dieses abiehnenden Verhaltens theilt der Sekretär Hobson-Sheffield mit, daß die Verständigung über Lohntagen bei der Beschildertheit der Arbeitsmethode und Benennung der Sorten und Sortierungen für alle Berufe zu schwierig sei. Das Zentralomite wird sich mit der eventuellen Vertagung der Konferenz des Nächsten befassen.

England. In die selig entzückte Zwischenzeit etternet ein Streik, der in Blackwell (England) zwischen den Mitgliedern der Bergarbeitergesellschaft der Majorenbauer und der Messerschmiddegesellschaft entbrannte. Es handelt sich um das Aufsetzen und Aufringen von Lufen- und Seitenrichtern (Positionslaternen?) auf Schiffen, eine Arbeit, die sowohl die Maschinenvauer als auch die Schiffsmechaniker für sich beanspruchen. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde beschlossen, daß Britische Arbeitsamt um Einziehung eines Schiedsrichters zu erüben. Dieser, ein Kapitän John S. Castle, gab den Schiedsentscheid ab, daß die genannten Gegenstände denn von Schiffsmechanikern erzeugt werden, dagegen von Maschinenvauern, wenn sie angefertigt werden. Dergleichen Streitereien könnten in England zwischen den Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften eifrig vor.

— Die amalgamated Society of Engineers hatte im Juni 1901 89,308 Mitglieder. Von diesen bezogen 2000 Arbeitslosenunterstützung, 1976 Rentenunterstützung und 3306 Altersrente. Diese drei Unterstützungen

arten beanspruchten zusammen 10½ Pence von dem 18 Perce (1,53 M.) pro Woche betragenden Beitrag.

Eine Konsolidierung der Metallarbeiter Nordamerikas hat auf einer Konferenz von Arbeiterschaltern, die Ende Juli in Chicago tagte, stattgefunden. An der Konferenz haben Beamte von Organisationen teilgenommen, die zusammen über 620,000 Mitglieder haben und zwar:

Organisationen	Mitglieder
International Association of United Metal Mechanics	25,000
International Brotherhood of Blacksmiths	15,000
Brotherhood of Boilermakers & Iron Shipbuilders	28,000
National Chainmakers Union of United States & Canada	13,500
International Cork Makers Union	12,000
Amalgamated Association of Iron, Steel & Tin Workers	200,000
International Association of Machinists	70,000
Metal Polishers, Buffers, Platers & Brass Workers Union of North America	30,000
Amalgamated Sheet Metal Workers International Association	25,000
United Mine Workers of America	110,000
Northern Mineral Mine Workers Progressive Union	35,000
Iron Moulders Union of North America	28,000
International Brotherhood of Oil & Gas Well Workers	18,000
Lin Plate Workers International Protective Union of America	60,000
Lokal-Unions von Pulver-, Minen- und "Squid"-Arbeitern, sowie andere verwandte Gewerke	25,000

Litteratur und Kunst.

Von der „Komunalen Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus (Dresden, Verlag Laden & Komp.) ist uns soeben die Nr. 13 des 1. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Das Werden der Londoner Gemeinde und das kommunale Problem. — Zur Frage der Selbstverwaltung. — Gegen die Umsatzsteuer. — Der Kampf um das neue Dresdener Rathaus. — Kommunalwahlen (Wahlbeeinflussung bei Gemeindewahlen). — Wohnungswesen (Über die Wohnungfrage. — Über das Stuttgarter Wohnungssamt). — Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahnen (Das Wasserwerk der Stadt Mülheim a. Rh. — Von einer elektrischen Kleinbahn in Mülheim a. d. Rh.). — Gesundheitswesen (Überwachung von Bädern). — Finanzwesen (Kommunalrechtsfragen Liebesgabenpolitik). — Von den Gemeindevertretungen (Arbeitsblätter bei Gemeindearbeiten). — Rundschau (Kommunale Wohnungspolitik). — Schankkonzessionen (Ein empfindlicher Spaziergänger). — Personennachrichten. — Die „Komunale Praxis“ erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 M. (eingetragen in der Postzeitungsliste für 1901 unter Nr. 4019a, 4. Nachtrag).

Briefkästen.

Die Kollegen in Großjülich sollen recht saule Versammungsbesucher sein, was vor mit der Ortsverwaltung lebhaft bedauern.

Lüdenscheid. Bezuglich der Zugangswortung am Kopfe unseres Blattes mögen Sie sich an den Hauptvorstand wenden. **H. R., Wittenheim.** Sie haben recht, so war dieser Beschluss der Generalversammlung nicht gemeint. Beabsichtigt war lediglich, zu verhindern, daß wir unrichtige Informationen über Streiks, Differenzen, Verschattungsgeschenken &c. erhalten, weiter sollte durch die Abstimmung bestätigt werden, daß der Einsender Verbandsmitglied ist.

Wittlich. War ein Fehler, der beim Umtrennen des Satzes entstand.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

Aitröting. Samstag, den 24. August, Abends 8 Uhr, im Saalhaus zu den 12 Aposteln.

Augsburg. Samstag, 24. August, Abends 8 Uhr, im Glauer Hof.

Aue i. S. Sonnabend, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Hof“, Weingartstraße. Mitgliedsbeiträge sind mitzubringen.

Barmen. (Führungsglockereien) Samstag, 24. Aug., Abends halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5.

Barmen. (Kämpfer und Installatoren) Sonntag, 25. August, Vormittags halb 10 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5.

Bayreuth. Samstag, 24. August, Abends 8 Uhr, bei Görl, im Stein.

Berlin. Sonntag, 18. August, Sammeltag 10 Uhr. Versammlung der Feuerarbeiter bei Reigner, Chausseestraße 72.

Berlin. Beritaner Männerkonferenzen: Für Maabit: Sonnabend, 17. August, bei Fischer, Walstr. 8. Für den Süden: Bülowstr., 21. August, im Gewerkschaftshaus, Engelstorfer 15.

Bielefeld. (Sektion der Turner) Freitag, 6. Septbr., Abends 7 Uhr, bei Eifeler, Neuenkirchstraße.

Bremenhaven. Sonnabend, 24. August.

Berlin. Samstag, den 22. August, Abends 8 Uhr, im Luisen-Brodtkorbengasse.

Berlin. Sonnabend, 24. August, Abends halb 9 Uhr, im Jungallee. Amalienstraße.

Berlin. Samstag, den 24. August, Abends halb 9 Uhr I. Kampfstraße 72.

Sponsgeber und verantwortlicher Redakteur J. Scherm in Nürnberg. — Druck und Verlag der Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei Herm. Sydow & Co. in Nürnberg.

Böhlen i. S. Sonnabend, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, in Denzels Restaurant.

Duisburg. (Allg. Samstag, 24. August, Abends halb 9 Uhr, im Hof von Holland, Oberstraße 6.

Eisenach. Freitag, den 23. August, Abends 8 Uhr, im fröhlichen Mann, Lutherstraße.

Elberfeld. Samstag, den 24. August, Abends punt halb 9 Uhr, bei Kneul, Große Kloßbahn 26.

Erlangen. Jeden letzten Samstag im Monat Abends 8 Uhr bei Schnapp.

Erfurt. (Allg.) Sonnabend, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, im Gaithaus zum Gotthardt, Gothastr. 46.

Essen a. R. Samstag, 24. August, Abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Rotstr. 18.

Frankfurt a. M. Bockenheim. Samstag, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, für den Bezirk Bockenheim im „Wölfe“, Frankfurterstr. 53, für Spangler und Installatoren bei Stein, Gr. Höhenheimerstr. 23.

Frankfurt a. M. - Bockenheim. Freitag, den 23. August, Abends halb 9 Uhr für den Bezirk Sachsenhausen bei Bieheilig, Gr. Rittergasse 56.

Freiburg i. B. Samstag, 17. August, Abends 8 Uhr, bei Schwaneke.

Freiburg i. S. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats Abends 8—10 Uhr Zusammenkunft.

Furtwangen. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Gasthaus zum „Rögle“.

Gelsenkirchen. Samstag, den 24. August, Abends 8 Uhr bei Bölemeier, Vereinsstraße.

Hagen-Gilpe. (Allgemeine) Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn C. Steinhauer, Seelentzstraße.

Halle a. S. (Sektion der Klempner u. Installatoren.) Sonnabend, 17. August, Abends halb 9 Uhr, in den „Drei Königen“, II. Ulrichstr. 36.

Hamburg. (Sektion Heizungsseit.) Mittwoch, den 21. August, Abends halb 9 Uhr, bei Hilmer, Lessinghalle, Gänsemarkt. Stellungnahme zu den stattgefundenen Unterhandlungen der beiderseitigen Kommissionen.

Hamburg-Altona. (Mechaniker und Optiker.) Jeden zweiten Sonnabend im Monat.

Hamburg. (Schlosser, Dreher und Maschinensieder.) Dienstag, den 20. August, Abends halb 9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt 35.

Hannover. (Allgem.) Sonnabend, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, im Ballhof, Burgstr. 9.

Hannover-Linden. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 24. August, bei Fiere, Rademacherstr. 1.

Höchstädt a. R. Sonntag, den 24. August, Abends 9 Uhr, in der Sonne.

Kalk. Dienstag, den 20. August.

Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 17. August, Abends 8 Uhr, bei Möhlem. Vortrag.

Kiel. Kombinirte Versammlung. Dienstag, 20. August, Abends halb 9 Uhr, bei Ahrens, Alte Reihe 28. Bericht betreffs Gewerkschaftshaus.

Königsberg. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats, Nachmittags 2—4 Uhr Beitragserhebung im Volksgarten, Statthaltergasse.

Krefeld. Samstag, den 24. August, Abends 9 Uhr, im Krefelder Bierhaus, Rheinstraße 134.

Lambrecht. Sonntag, den 18. August, Nachmittags 3 Uhr in Stummel bei Kiel.

Leichlingen. Samstag, 24. August, Abends 8 Uhr, im „Stühlingsgarten“. Vortrag.

Ludwigshafen. Samstag, 17. August, im „Englischen Garten“, Alpenegergasse.

Masselwitz. Samstag, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, in der Quelle. Vortrag.

München. (Siebmacher und Drahtarbeiter.) Samstag, 17. Aug., bei Niedermeier, Kleinzschocher 62.

Mettendorf. Freitag, den 23. August, Abends halb 9 Uhr, bei Stellermann, Körnerstraße 7.

Neu-Kappeln. Sonnabend, den 24. August, bei Schröder.

Niederschötz. Montag, 19. August, Abends halb 9 Uhr, bei Lehmann, Groß-Zichhawig.

Nossen. Sonnabend, 17. August.

Nürnberg. (Allgem.) Samstag, 24. Aug., Abends halb 9 Uhr, im Café Welt, Preysingstraße. Vortrag des Kollegen Rudolph. Geistliches über den Achtundertstag.

Offenburg. Samstag, 17. August, im Gasthaus zum „Schützen“.

Oggersheim. Sonnabend, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, im Betriebslokal bei H. Schmitt. Neubau der Delegierten zum Kartell.

Pforzheim. Sonnabend, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Unter“.

Planen i. B. Sonnabend, 17. August, Abends halb 9 Uhr, in der „Julie“, Blumenstraße 4. Die Beiträge werden Sonnabend Vormittags in der Wohnung abgeholt. Die um diese Zeit nicht zu Hause sind, wollen die Beiträge hinterlegen.

Ronsdorf. Samstag, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, bei Hesse, Petersberg.

Reutlingen. Jeden 1. Samstag, Abends 8 Uhr und 3. Sonntag im Monat, Vorne 10 Uhr, bei Böpple, zur Germania.

Reichenbach. Sonnabend, 24. Aug. in der Barfußhalle.

Reichling-Doos. Sonntag, 25. August, Vormittags 10 Uhr, bei Leyhant.

Riesa. Samstag, 24. August.

Röthenbach. Samstag, 17. August, Abends 9 Uhr, bei Götzmann.

Schweinfurt. Sonnabend, 24. August, Abends 8 Uhr, bei Gundeloh, Mühlstraße.

Schulz. Sonnabend, 24. August, Abends 8 Uhr.

Schwanau. Samstag, 24. August, Abends 8 Uhr, bei Johann von Gelle, Cronenbergerstraße.

Siegelsdorf. Sonnabend, 17. August, Abends halb 9 Uhr, bei Schellhase, Ahornstraße.

Sonneck. Samstag, 24. August, Abends halb 9 Uhr, bei Dietrichsen, Vierstr. 15.

Waltershausen. Jeden 2. und 4. Sonnabend des Monats im „Löwen“.

Wiesbaden. Samstag, den 24. August, Abends halb 9 Uhr, bei Knob, Hermannstraße 1.

Zeitz. Sonnabend, 24. August, Abends halb 9 Uhr, bei Schindler, Gattenstraße.

Werbst. Samstag, den 24. August, Abends 8 Uhr, bei Gerchland.

Augsburg. Sonntag, 25. August, Nachm. 4 Uhr, im Hotel zur „Goldenene Traube“ 10. Stiftungsfest bestehend aus getöhltem Programm und anschließendem Ball.

Glensburg. Sonnabend, Peter Schulz, Bevollmächtigter, Appenzellerstraße 27,2.

Glensburg. Sonnabend, 24. August, im großen Saale des Holsteinischen Hauses 10. Stiftungsfest. Konzert, Vorträge, Festrede und Ball. Kassenöffnung 8 Uhr.

Frankfurt a. M. (Vom 17. August ab befindet sich unser Verbandsbüro: Stolzestraße 15,2 im neuen Gewerkschaftshaus, was wir für alle Zuschriften und Sendungen zu beachten bitten.

Heidenheim a. Brenz. Sonntag, 18. August, Nachm. 3 Uhr im Gesellschaftsgarten 10-jährige Stiftungsfeier.

Kempten. Jakob Maier, Töpfer aus Reutlingen, zieht in Kempten (Allgäu) bei Bommel, möchte seine Adresse sofort nach Kempten an Anton Müller, Wörthstraße 2, 99 einjenden.

Mühlhausen. Sonntag, 18. August, Mittags 1 Uhr Unterritt zum Umzuge im Verbandslokal.

Plauen i. V. Bevollmächtigter: P. Hober, Dobenastraße 51,1.

Stendal. Vertretermann: Schwieger, Hohe Straße 7, daselbst Beitragserhebung und Zeitungsausgabe.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. K. Nr. 29) Hamburg.

Rummelsburg. Sonnabend, 17. August, Abends halb 9 Uhr, bei Müller, Lützschmidstraße 37. Wichtige Tagesordnung.

Privat-Anzeigen.

Insetate werden nur gegen Vorauszahlung angenommen. Der Preis für die dreigesetzte Petitzeile beträgt 50 Pf.